JUNGSOZIALISTISCHE SCHRIFTENREIHE

HERAUSGEGEBEN VON DER REICHSLEITUNG DER JUNGSOZIALISTEN MIT UNTERSTÜTZUNG VON

MAX ADLER-WIEN
ENGELBERT GRAF
ANNA SIEMSEN

ARBEITERSCHAFT UND KOLONIALPOLITIK

VON

DORA FABIAN

E. LAUBSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG GMBH.
BERLIN W 30

Abonnieren Sie unsere Zeitschriften!

Der Klassenkampf

Marxistische Blätter

Herausgeber:

Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel

»Der Klassenkampf« erscheint am 1. und 15. jeden Monats

Abonnementspreis:

Vierteljährlich 2,55 RM., Einzelpreis 0,45 RM.
Zu beziehen durch die Post (Postzeitungsliste Berlin - Schöneberg)

Aus der Liste der Mitarbeiter:

Friedrich Austerlitz, Wien; Dr. Angelica Balabanoff, Paris; Prof. M. H. Baege; Prof. Bracke, Paris; Dr. Ernst Eckstein, Breslau; Georg Fuchs, Leipzig; Gg. Engelbert Graf, Dürrenberg; Otto Jenssen, Tinz; Johannes Kretzen, Leipzig; Dr. Otto Leichter, Wien; Dr. Paul Levi, Berlin; Dr. Kurt Löwenstein, Berlin; Dr. med. Lube, Braunschweig; Prof. Dr. Siegfried Marck, Breslau; Ernst Reinhard, Bern; Tony Sender, Berlin; Dr. med. Margarete Stegmann, Dresden; Prof. Anna Siemsen; Rennie Smith, London; Ernst Toller, Berlin; Mathilde Wurm, Berlin; Arnold Zweig, Berlin.

Diese Halbmonatsschrift gibt ein lebendiges Spiegelbild unseres gesamten heutigen Lebens, alle theoretischen, praktischen und taktischen Fragen, alle Geschehnisse und Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Kultur werden vom sozialistisch-marxistischen Standpunkt durchleuchtet; so will »Der Klassenkampf« zur Klärung der Probleme, zur Weiterbildung und zur wirklichen Vertiefung des Wissens beitragen.

★

Jungsozialistische Blätter

Eine Monatsschrift

Herausgegeben vom »Reichsausschuß der Jungsozialisten«
Redaktion: Gg. Engelbert Graf

Erscheint am 1. jeden Monats und ist durch die Post (Postzeitungsliste Berlin) zu beziehen

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,20 RM., Einzelnummer 0,40 RM.

Die Zeitschrift wendet sich an die jüngere sozialistische Generation sowohl wie an alle, die als Ziel des eigenen Lebens den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, der sozialistischen, erstreben. Sie dient deshalb einer marxistischen »Revision des Bewußtseins«, die in der Gegenwartsgesellschaft vonnöten ist, wenn die sozialistische Ordnung geistig vorbereitet werden soll. Ihre Aufgabe ist also: eine Stätte der Aussprache, Anregung und Selbstverständigung zu sein.

Die »Jungsozialistischen Blätter« sind das offizielle Organ der deutschen Jungsozialisten und deshalb unentbehrlich zur Kenntnis dieser wichtigen Bewegung im deutschen Sozialismus.

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30

Arbeiterschaft und Kolonialpolitik

Von Dr. Dora Fabian

Jungsozialistische Schriftenreihe

Herausgegeben von der

Reichsleitung der Jungsozialisten

mit Unterstützung von

Dr. Max Adler, Wien / Engelbert Graf

Dr. Anna Siemsen

1 · 9 · 2 · 8

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

Berlin W 30

Arbeiterschaft und Kolonialpolitik

Von

Dr. Dora Fabian

1 · 9 · 2 · 8

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
Berlin W 30

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten
Copyright 1928 by E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30

Gedruckt bei Herrosé & Ziemsen GmbH., Wittenberg (Bez. Halle)

Vorbemerkung

Das Erwachen der farbigen Völker, ihre Aufstände in allen Teilen der Welt, die brutale Gewalt und Verständnislosigkeit, mit der die kapitalistischen Regierungen gegen sie vorgehen, die dadurch heraufbeschworenen Kriegsgefahren haben die Kolonialfrage von neuem in den Mittelpunkt des welthistorischen Geschehens gerückt.

Deshalb hat die Sozialistische Arbeiterinternationale das Kolonialproblem auf die Tagesordnung ihres diesjährigen Kongresses in Brüssel gesetzt.

Die Kolonialpolitik ist eines der wichtigsten Mittel der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Macht; auf der heutigen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Imperialismus, dessen politische Ausdrucksform die Kolonialpolitik ist, identisch mit dem Kapitalismus. Sie ist seine „jüngste Etappe". Darum bedeutet Kampf gegen den Kapitalismus Kampf gegen Imperialismus und Kolonialpolitik. Sie wirkt sich nicht nur gegen die Kolonialvölker, sondern ebenfalls gegen die Arbeiterschaft der Kernstaaten aus.

Der politische Tageskampf macht vielen, die mit Spannung auf die Debatten in Brüssel und auf die Beschlüsse der Arbeiterinternationale warten, eine Beschäftigung mit den räumlich ferner gelegenen Fragen unmöglich. Sie mit einigen Grundtatsachen der kolonialen Entwicklung der letzten Jahrzehnte bekannt zu machen, ist die Absicht dieser kleinen Schrift.

Die grundsätzliche Einstellung des Sozialismus zur Kolonialpolitik ausführlich darzulegen und zu begründen, hätte ihren Rahmen überschritten. Darauf konnte um so eher verzichtet werden, als Karl Kautskys Schrift „Sozialismus und Kolonialpolitik" in ihren grundsätzlichen Teilen noch heute volle Gültigkeit beanspruchen darf. Aber es war nicht möglich, diese Betrachtung allein auf die Kolonien im eigentlichen, rechtlichen Sinne zu beschränken. Ist für uns kapitalistische Kolonialpolitik

„der Versuch der Kapitalistenklasse, Länder mit fremder ökonomischer Struktur in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß einzubeziehen" (Parvus), so konnte das erwachende Riesenreich China nicht außer acht gelassen werden.

Wenn es dieser Schrift gelingt, die Überzeugung von der Schicksalsgemeinschaft der europäischen und der kolonialen Arbeiterschaft und den Willen zu einem gemeinsamen solidarischen Kampfe gegen die kapitalistische Unterdrückung und Versklavung zu stärken, so hat sie ihren Zweck erreicht.

Berlin, im Juni 1928.

Kolonien als Einwanderungsgebiete

Die Kolonialfreunde aller Richtungen sind sich einig in der Argumentation, daß die europäischen Staaten die Kolonien nötig hätten als Abflußgebiete für ihre überschüssige Bevölkerung. Leider fehlt uns heute noch eine einheitliche sozialistische Bevölkerungstheorie und eine sozialistische Bevölkerungspolitik, aber wir sollten uns von dem gefährlichen Neomalthusianismus wenigstens so weit fern halten, daß wir nicht von vornherein eine absolute Übervölkerung Europas zugeben, ohne zu untersuchen, ob die europäische Wirtschaftskrise nicht in anderen Ursachen ihre Wurzel hat. Sollte es wirklich nötig sein, den ganzen Weg, den unsere Theorie seit Marx zurückgelegt hat, noch einmal rückwärts zu gehen, und noch einmal zu beweisen, daß nicht die Menschenzahl, sondern die kapitalistische Produktionsweise die Ursache der Widersprüche zwischen Produktion und Produktivität, zwischen Produktivität und Absatzmöglichkeiten ist? Die absolute Übervölkerung Europas als feststehende Tatsache und um ihretwillen die Kolonialpolitik der kapitalistischen Staaten als Notwendigkeit anerkennen, bedeutet, die gesamte sozialistische Lehre negieren.

Zu welchen Widersprüchen diese Auffassung führt, geht daraus hervor, daß eben dieselben nationalistischen Kreise, die sich einerseits empören über Clémenceaus Behauptung, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel lebten, auf der anderen Seite in den Ruf, „Deutschland braucht Kolonien", einstimmen, mit der Begründung, wir müßten unsere überschüssige Bevölkerung nach kolonialen Gebieten abschieben. Eins kann doch nur richtig sein: entweder Clémenceau hat recht, dann besteht keine Ursache zur nationalen Entrüstung, oder er hat unrecht, dann brauchen wir keine Kolonien.

Und ebenso groß ist leider auch die Verwirrung, die diese Argumentation in unsere eigenen Reihen hineingetragen hat. Dieselben Kreise, die den Geburtenrückgang in Deutschland als „nationale Katastrophe" beklagen (vgl. den Artikel von Max Klesse im Aprilheft 1928 der „Sozialistischen Monatshefte"), benutzen fast jedes Heft ihres Organs, um die Notwendigkeit kolonialer Betätigung nachzuweisen.

Wenn wirklich die Kolonien Aufnahmegebiete für die überschüssige Bevölkerung, die in Europa keine Arbeit findet,

wären, wie ist es dann zu erklären, daß die größte Kolonialmacht der Erde seit dem Kriege noch niemals weniger als eine Million Arbeitsloser, sehr oft aber erheblich mehr gezählt hat? John Maynard Keynes stellt (im „Wirtschaftsdienst" vom 22. Oktober 1926) fest, daß die englische Industrie ein zusätzliches Betriebskapital von 100 000 Pfund nötig habe, um die englische Bevölkerung in „angemessenem Ausmaße" zu beschäftigen. Die City aber zieht es vor, ihr Kapital in den Ländern des jüngeren Kapitalismus zu investieren, wo, wie Hilferding treffend nachgewiesen hat, die Profitrate höher ist als in den hochkapitalistischen Ländern. Die Kolonien wirken also nicht arbeitslosenvermindernd, sondern sie verhindern im Gegenteil das Sinken der Arbeitslosenziffern.

Als Einwanderungsgebiete kommen überhaupt nur die „Arbeitskolonien" in Betracht, wie Kautsky diejenigen kolonialen Gebiete genannt hat, die auf der Arbeit der aus dem Mutterland ausgewanderten Arbeiter und nicht auf der der Eingeborenen (die Kautsky Ausbeutungskolonien nennt) beruhen. Wenn Kautsky schon im Jahre 1907 diesen Teil der Kolonien als den allergeringsten bezeichnete, da die als Arbeitskolonien in Betracht kommenden Gebiete, wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Südbrasilien, Argentinien, Chile, Australien, Südafrika, bereits besetzt und zu selbständigen Staaten geworden sind, so haben sich seit 1907 die Verhältnisse noch weit mehr in dieser Richtung verschoben. Und schon vor dem Kriege kamen die deutschen Kolonien als Einwanderungsgebiete für deutsche Arbeiter kaum in Betracht. Von 28 075 Deutschen, die 1905 über deutsche und fremde Häfen auswanderten, gingen 27 202 nach den Vereinigten Staaten, 84 nach Australien und 57 nach Afrika. Nach Asien kein einziger. 1909 sind nach Australien, Afrika und Asien zusammen 204 Deutsche ausgewandert. Wie die Kolonien als Arbeitsgelegenheiten für die deutschen Arbeiter gewertet werden können, scheint nach diesen Zahlen also rätselhaft.

Nicht anders liegt es nach dem Kriege mit den Wanderungsverhältnissen Englands. Von den 319 Millionen Einwohnern Indiens sind rund 200 000 Engländer, von ihnen 70 000, also nahezu ein Drittel, Soldaten.

Die Einwanderung von England nach Kanada ist von 1903 bis 1925 gesunken von 384 000 auf 85 000 jährlich. Die zunehmende Industrialisierung hat in den Kolonien zu ähnlichen Ergebnissen geführt wie in Europa. Einer steigenden Kapitalinvestition steht eine sinkende Arbeiterzahl gegenüber. In der kanadischen Industrie waren 1919 578 733 Arbeiter beschäftigt, 1922 nur noch 462 573. Dagegen war das angelegte Kapital von 2933 auf 3126 Millionen Dollar gestiegen.

Leider wird heute, auch in sozialistischen Kreisen, mit der Auswanderungspropaganda ein ziemlich gewissenloses Spiel getrieben. Selbst dünn besiedelte Länder, die reichlich Arbeitsgelegenheiten bieten, sind durchaus nicht immer ein absolut brauchbares Siedlungsland für europäische Arbeiter. In Kanada z. B., wo weite Strecken fruchtbaren Landes brach liegen, hat sich, wie auf der Konferenz der kanadischen Premierminister in Ottawa im November vorigen Jahres hervorgehoben wurde, die Einwanderungspraxis häufig der Regierungskontrolle entzogen und ist von den wirtschaftlichen Privatinteressen der Transportgesellschaften dirigiert worden, mit dem Erfolg, daß zeitweise Überlastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist; der Einwanderungsminister selbst gab auf der genannten Konferenz zu, daß die Gesellschaften es an der „nötigen Sorgfalt in der Auswahl und Unterbringung der Einwanderer haben fehlen lassen". Das heißt mit anderen Worten, daß auch in den dünn besiedelten überseeischen Gebieten die privatkapitalistischen Gesellschaften ein Interesse daran haben, sich eine industrielle Reservearmee zu schaffen. Innerhalb des kapitalistischen Systems ist der auswandernde Arbeiter nicht davor geschützt, Ausbeutungsobjekt von Agenten und Spekulanten zu werden und „als Versuchskaninchen zur Erprobung phantastischer Siedlungsprojekte unreifer Wirtschaftstheoretiker zu dienen", wie selbst die „Frankfurter Zeitung" nach den Erfahrungen in Kanada befürchtet. Um so unverständlicher, daß Sozialisten und Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Auswanderung in koloniale Gebiete, die Deutschland „zurückerobern" müsse, die soziale Frage lösen wollen.

Sie bedenken offenbar auch gar nicht, daß sich der auswandernde Arbeiter völlig anderen wirtschaftlichen Bedingungen gegenüber befindet, als er sie aus der Heimat kennt, und daß er sich ihnen häufig nicht anzupassen vermag. Auch hier sei wieder auf Kanada verwiesen, wo nach den vorliegenden Berichten auf zahlreichen Farmen verrostete landwirtschaftliche Maschinen und Geräte gefunden wurden, die Enttäuschte, die den Mut verloren und ihre Felder im Stich gelassen haben, dort zurückließen. Ungeheuere Summen von Arbeitskraft und Vermögenswerten sind dort auf diese Weise nutzlos vergeudet worden.

Auch die Siedlungsfrage ist keineswegs so einfach zu lösen, wie es häufig in der Agitation dargestellt wird. Die sogenannten „Genossenschaftssiedlungen" sind nach übereinstimmenden Urteilen aller Sachkenner nur möglich, wenn „die Mitglieder der Siedlung durch größtmögliche Primitivität der überkommenen Wirtschaftsformen gewohnt sind, keinerlei Ansprüche auf einen gewissen Standard des Lebens zu erheben".

Dazu kommen politische Schwierigkeiten. Im Osten Kanadas z. B., in der englisch sprechenden Provinz Ontario, die sich durch die Nähe des französisch-kanadischen Quebec gefährdet glaubt, besteht die starke Tendenz, die Einwanderung aus Kontinentaleuropa zu beschränken.

Ehe wir uns überhaupt für die Auswanderung europäischer Arbeiter nach überseeischen Ländern einsetzen können, müßten zuvor eine Reihe von Sicherungen getroffen werden, die verhindern, daß die Auswanderung sich als wohlrentierendes kapitalistisches Geschäft, als eine Art „Kulturdünger" entwickelt. Und dabei ist es nun außerdem völlig gleichgültig, ob es sich um „eigene" Kolonien oder um fremde selbständige Staaten handelt. Diese Gefahr besteht in beiden gleichmäßig. Die Arbeiterbewegung darf niemals der Tatsache Vorschub leisten, daß der Arbeiter, der aus dem kapitalistischen Mutterland auswandert, um sich dem einheimischen Druck zu entziehen, im Ausland erst recht als Kuli und Streikbrecher wirkt, anstatt als Keimzelle des revolutionären Zusammenschlusses und der politischen Aufklärung unter den überseeischen Arbeitern. Wenn die Möglichkeit zur Auswanderung größerer Massen europäischer Arbeiter überhaupt bestände, so wäre es zunächst Aufgabe der Gewerkschafts- und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Sicherungen zu schaffen, daß die auswandernde Arbeiterschaft nicht nach der Art des „Deutschtums im Ausland" zum Hindernis des proletarischen Freiheitskampfes wird.

Die handels- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Kolonien

In dem Maße wie die Arbeitskolonien an Bedeutung zurückgehen, verlieren die kolonialen Gebiete an Wert für die Auswanderung der europäischen Arbeiterschaft. In der zweiten kolonialen Periode sieht die europäische Wirtschaft den Wert der Kolonien in der Einfuhr der Rohstoffe und in der Ausfuhr der europäischen Fertigfabrikate. Dieser Kreislauf hat besonders der englischen Industrie beträchtliche Profite eingebracht. Davon haben wir aber scharf zu scheiden den Nutzen, den diese industrielle Entwicklung der Arbeiterschaft des Mutterlandes gebracht hat, und ferner zu untersuchen, ob für die Dauer die industrielle Entwicklung des Landes dadurch wirklich gefördert worden ist.

Die Ausfuhr heimischer Industrieerzeugnisse nach den Kolonien hat zu keiner Zeit das qualitative Niveau der einhei-

mischen Industrie gehoben. Es kam der einheimischen Exportindustrie niemals darauf an, was ausgeführt wurde, noch viel weniger darauf, ob die ausgeführten Waren als Qualitätsware das koloniale Kulturniveau zu heben in der Lage waren, sondern lediglich auf die Erzielung möglichst hoher Gewinne. Die nach den Kolonien ausgeführten Glasperlen und Heiligenbilder sind als schlechteste Massenware in denjenigen Industriezweigen hergestellt worden, in denen das Lohnniveau der Arbeiterschaft sehr gering war. Mit vollem Recht stellt Parvus fest, daß die Produktion für die Kolonien die Industrie disqualifiziert und ihre Forderungen an die Technik herabgesetzt habe.

Nachdem nun in Deutschland von industriellen Kreisen, so von der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Qualitätserzeugung zur Parole erhoben worden ist, sollten gerade sie erkennen, daß diese Forderung niemals erfüllt werden kann, wenn ihr Wunsch nach Wiedererwerb der Kolonien wirklich erfüllt würde.

Der Besitz von Kolonien ist sicherlich nicht der einzige Grund für die verhältnismäßig langsame Entwicklung der Rationalisierung und Konzentration in der englischen Industrie der Nachkriegszeit, ebensowenig wie der Verlust der deutschen Kolonien der einzige Grund für das rasende Entwicklungstempo der deutschen Industrie während des gleichen Zeitabschnitts ist. Aber zweifellos haben in beiden Fällen diese Gründe die Entwicklung entscheidend beeinflußt.

Doch dieser gesamte Fragenkomplex beginnt mehr und mehr zu einer akademischen Frage zu werden, denn mit der steigenden Industrialisierung der kolonialen Gebiete geht auch die handelspolitische Bedeutung der Kolonien außerordentlich stark zurück, und wir sind bereits in die dritte Periode der kolonialen Betätigung eingetreten, in der die Kolonien nicht mehr als Rohstoffexport- und Fertigwarenimportländer, sondern fast ausschließlich noch als Kapitaleinfuhrgebiete in Betracht kommen. Die Entwicklung der Nachkriegszeit beweist mit Deutlichkeit die immer stärkere handelspolitische Trennung der Kolonien von ihrem Mutterlande.

Der prozentuale Anteil der Gesamtausfuhr Englands betrug nach:

	1913	1924
China	2,8	2,2
Indien	13,4	9,8
Südafrika	4,2	3,4
Kanada	4,5	3,3

In demselben Maße aber wie die Ausfuhr nach den Kolonien prozentual gesunken ist, ist die englische Ausfuhr nach den

europäischen Staaten und nach Amerika gestiegen. Sie betrug in Prozent der Gesamtausfuhr nach:

	1913	1924
Belgien	2,5	3,5
Dänemark	1,1	1,7
Deutschland	5,6	6,4
Niederlande	2,9	3,5
U. S. A.	5,6	8,3

Wenn aber die Kolonien mehr und mehr ihre Bedeutung als Absatzmarkt für die industriellen Erzeugnisse des Mutterlandes verlieren, schwindet auch für die Arbeiterschaft ihr schon früher zweifelhaft gewesener Wert als Arbeitsgelegenheit, und damit verliert auch das Argument, daß die Arbeiterschaft von den Kolonien den Nutzen der unerschöpflich weiten Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse hätte, jede Berechtigung. In der Richtung einer sozialistischen Wirtschaftspolitik liegt nicht allein das Vertrauen auf die Aufnahmefähigkeit der überseeischen Märkte, sondern vor allem die Erweiterung der mehr und mehr verstopften Inlandsmärkte. Diese notwendige Ausdehnung freilich setzt den Kampf zwischen Kapital und Arbeit voraus, erfordert, daß das Lohnniveau der europäischen Arbeiterschaft so gesteigert wird, daß der Absatz der inländischen Produkte auf dem inneren Markt in erhöhtem Maße möglich wird. Die Produktion lediglich für die ausländischen überseeischen Märkte führt automatisch zu einer Senkung des inländischen Lohnniveaus, selbst wenn die Aufnahmefähigkeit des Auslands wirklich unbegrenzt wäre.

Die Verselbständigung der Kolonien und ihre immer steigende Unabhängigkeit vom Mutterland kommt zum Ausdruck in dem absolut sinkenden Anteil der Einfuhr der Erzeugnisse des Mutterlandes an der gesamten Einfuhr der kolonialen Gebiete. So betrug der Wert der aus England eingeführten Waren pro Kopf der Bevölkerung in Kanada 1913 3,3, 1921 nur noch 2,4 Pfund. Dagegen ist die Ausfuhr nach Kanada aus den Vereinigten Staaten von 0,6 auf 0,8 aus den Niederlanden von 2,9 auf 3,18, aus Schweden von 1,9 auf 3, 11 gestiegen. Selbst dort, wo die absolute Höhe der Ausfuhr aus dem Mutterland nach den Kolonien gestiegen ist, hat sich der Anteil anderer Einfuhrländer weit stärker erhöht. So ist z. B. die Ausfuhr von Gebrauchswaren von England nach Kanada von 1913 bis 1925 gestiegen von 132 auf 151 Millionen Dollar, die von den Vereinigten Staaten nach Kanada aber von 410 auf 510 Millionen.

Die Kolonien haben ihre Eigenproduktion und damit ihre Ausfuhr so gesteigert, daß sie heute als Konkurrenten auf dem

einheimischen Markt wirken und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Die europäischen Staaten werden immer stärker aus den asiatischen Handelsbeziehungen ausgeschaltet und diese werden immer mehr zu einer innerasiatischen Angelegenheit. So liegt heute bereits der Handel in den holländischen und amerikanischen Besitzungen Indonesiens zu 90% in chinesischen Händen.

Britisch-Indien wird in seinen Handelsbeziehungen immer stärker auf die asiatischen Nachbarn als auf das Mutterland hingelenkt. Die beherrschende Rolle spielt hier heute bereits Japan, und die politischen Ereignisse der letzten Monate lassen darauf schließen, daß Japan, nachdem es sich die Hilfe des amerikanischen Kapitals gesichert hat, nicht gewillt ist, sich diese Stellung wieder nehmen zu lassen. Wie gering der Anteil Europas an dem japanischen Außenhandel im Vergleich zu Asien und Amerika ist, zeigt die folgende Übersicht:

von bzw. nach		Einfuhr nach Japan (Mill. Jen)	Ausfuhr aus Japan
Asien	1924	999	557
	1925	1214	1000
Amerika	1924	721	783
	1925	780	1000
Europa	1924	581	175
	1925	477	152
Australien und Neuseeland	1924	120	35
	1925	150	51

In der Einfuhr nach Japan aus Asien steht an erster Stelle Britisch-Indien mit 573,6 Millionen, von denen 475,6 Millionen auf Rohbaumwolle entfallen. Nicht das Mutterland, das ungeheuere Gelder für seine Kolonie aufgewendet hat, sondern die asiatische Kapitalmacht hat den Hauptnutzen der indischen Ausfuhr! Die fortschreitende Industrialisierung Indiens, die sich auf dem englischen Arbeitsmarkt auswirkt, kommt zum Ausdruck in der Verteilung der verschiedenen Einfuhrartikel. Der prozentuale Anteil betrug:

	1913	1923	1924	1925
Rohstoffe	48	50	46	58
Genußmittel	17	14	14	15
Fertigfabrikate	17	18	19	13
Halbfabrikate	18	18	18	14

Indien, vor dem Kriege ein ausgesprochenes Rohstoffausfuhr- und Fertigwareneinfuhrland, führt jetzt selbst in erhöhtem

Maße Rohstoffe für seine eigenen Industrien ein, deckt seinen Bedarf an Fertigwaren zu einem viel größeren Teile selbst und verstärkt damit die industrielle Reservearmee der englischen Arbeiterschaft. Besonders deutlich zeigt sich das auf dem Kunstseidenmarkt. Die Einfuhr an Kunstseidengarnen nach Britisch-Ostindien ist gestiegen, die an Kunstseiden-Fertigfabrikaten zurückgegangen. Sie betrug:

	1923/24	1924/25	1925/26
Kunstseidengarne (lbs) . .	406 000	1 150 000	2 700 000
Fertigfabrikate (yards) . .	?	17 000 000	15 000 000

Dazu kommt als erschwerender Umstand für die englische Arbeiterschaft die Konkurrenz Italiens und die Tatsache, daß eine Reihe von Ländern, die bisher als „reine" Verbraucher, als Abnehmer aufgetreten sind, jetzt selbst zur Gründung von Kunstseidenfabriken geschritten sind. So Spanien, Rumänien, Polen, Rußland, Lettland, Brasilien und China. Die italienische Konkurrenz in Ostindien ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die italienischen Waren durch die viel niedrigeren Löhne und die geringeren sozialen Lasten in Italien als Schmutzkonkurrenz auftreten. Die Einfuhr englischer Waren nach Indien ist in folgendem Maße durch Italien verdrängt worden.

Einfuhr nach Britisch-Ostindien:

	1923/24	1924/25	1925/26
Garne aus England (lbs) . . .	225 000	800 000	760 000
Garne aus Italien	27 000	392 000	1 300 000
Fertigwaren aus England (yards)	—	800 000	600 000
Fertigprodukte aus Italien . .	—	500 000	500 000

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, daß die Arbeiterschaft des Mutterlandes an kolonialer Betätigung ein Interesse haben könnte. Im Gegenteil erweist das Beispiel des faschistischen Italien, daß ökonomischer und politischer Druck auf die einheimische Arbeiterschaft einer „erfolgreichen" Kolonialpolitik Vorschub leisten. So ist nicht nur in Ostindien, sondern auch in Südafrika Italien heute Englands Konkurrent. Die handelspolitischen Verbindungen zwischen Italien und der Südafrikanischen Union waren vor dem Kriege so gering, daß diese Zahlen in den offiziellen Veröffentlichungen keine Aufnahme gefunden haben. 1920 dagegen betrug die Einfuhr nach Südafrika aus Italien bereits 383 000 Pfund, 1925 600 000. Und zwar handelt es sich hier in erster Linie um Fertigwaren, Baumwollfabrikate, Automobile und Maschinen. Die Ausfuhr von Südafrika nach Italien — Wolle, Häute, Felle, Weizen, Mais, Asbest — ist von 1920 bis 1925 von 197 000 auf 1 000 000 Pfund gestiegen. Diese Entwicklung hat bereits zu

deutlichen Annäherungsversuchen Italiens an Südafrika, wie es z. B. die Entsendung des Messeschiffs „Sistiana“ gewesen ist, geführt.

Damit wird die Kolonialfrage zu einer Frage allgemeiner weltpolitischer Bedeutung. Werden die Kernstaaten ruhig zusehen, wie ihnen ihre Kolonien wirtschaftlich entrissen werden? Dann haben sie vor der Entwicklung, die zur wirtschaftlichen Verselbständigung der Kolonien geführt hat, kapituliert und werden über kurz oder lang auch den zweiten Schritt, den der politischen Freigabe, gehen müssen. Oder wehren sie sich gegen diese Eingriffe? Dann kann nur eine Reihe der blutigsten Kriege die Folge sein. Und es hat sich bisher schon deutlich gezeigt, daß die Kernstaaten vor militärischen Eingriffen nicht zurückschrecken, so letzthin wieder, als England zur „Lösung“ des Streits um das ägyptische Versammlungsgesetz drei Kreuzer nach Alexandrien entsandte. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Damit ist die Stellungnahme der Sozialisten von vornherein festgelegt. Da im heutigen Stadium der Entwicklung jede koloniale Betätigung unmittelbar mit Kriegsgefahr verbunden ist, müssen sie überall auf den Abbau kolonialer Bestrebungen hinwirken.

Von dem gesamten englischen Außenhandel entfällt nur etwa ein Drittel auf seine Kolonien. Für das Jahr 1925 sind die folgenden Zahlen charakteristisch:

	Dominions	Indien	Übriges Reich	Gesamt	Fremde Länder	Insgesamt
Einfuhr aus . .	223.2	64.7	53.8	341.8	824.9	1.167
Ausfuhr nach .	183.1	86.1	65.9	335.1	438.3	773
Durchfuhr nach	20.8	1.2	4.3	26.3	127.7	154
Gesamtaußenhandel.	427.2	152.0	124.0	703.2	1390.9	2.094
Prozent. . . .	20	7	6	33	67	100

Der wesentlichste Grund für diese Entwicklung liegt in der Industrialisierung der kolonialen Gebiete. Diese wieder, nur zum Teil eine unmittelbare Folge des Krieges, beruht auf der wachsenden Ausbeutung der kolonialen Arbeitermassen, die ihrerseits wieder zurückwirkt auf den niedrigen Lebensstandard der europäischen Arbeiterschaft, auf die Ausdehnung der europäischen Arbeitslosigkeit, die in dem gleichen Maße gewachsen ist wie die überseeischen Standortindustrien sich entwickelt haben. Die handelspolitische Loslösung der Kolonien vom Mutterlande wäre in noch viel höherem Maße und viel rascherem Tempo erfolgt, wenn nicht die Kapitalmächte Euro-

pas hier einen gewissen Druck auszuüben vermöchten. Wie lange dieser die Entwicklung zurückzudämmen vermag, läßt sich heute noch nicht sagen. So viel aber ist sicher, daß wir hier erst an einem Anfang stehen und damit zu rechnen haben, daß der Prozeß sich in dieser Richtung mit Riesenschritten weiter vollziehen wird. Besonders die verhältnismäßig hohen Ein- und Ausfuhrziffern, die noch im Verkehr mit Neuseeland, Australien, Südafrika bestehen, erklären sich zum Teil aus dem Druck, den das in den Kolonien angelegte Kapital ausgeübt. Ungeachtet der geographischen Lage, die auf näher gelegene Märkte hinweist, treibt z. B. Neuseeland wenig Handel mit Australien, und Kanada noch nicht ausschließlich mit den Vereinigten Staaten. Hier muß die wirtschaftliche Vernunft wieder den Kapitalinteressen weichen; nicht der kurze Handelsweg und die billigen Kommunikationen werden gewählt, sondern die Waren legen den langen und sie verteuernden Weg zurück, weil bestimmte Kapitalistengruppen es befehlen. Dazu kommt, daß die Kolonien sich mit hohen Zollmauern auch gegenüber dem eigenen Mutterland umgeben haben. Schon in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts gehörten in den australischen und kanadischen Häfen Zölle, die bis zu 40% des Wertes ausmachten, durchaus nicht zu den Seltenheiten. Seither haben die Kolonien keine größere Bereitwilligkeit gezeigt, ihre aufstrebenden Industrien dem Mutterlande zum Opfer zu bringen.

Selbst in einem so ausgedehnten Kolonialreich wie England konnte der Autarkiegedanke als Begründung der Kolonialpolitik in der Zeit der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung nicht standhalten. Die einzigen Rohstoffe, die das englische Weltreich in der Höhe seines Eigenbedarfs und darüber hinaus erzeugt, sind Kohle und Jute. Bei allen anderen Stoffen ist das Reich auf Einfuhr angewiesen. Es erzeugt in Prozent seines Bedarfs: Eisenerz 67, Zinn 60, Blei 25, Petrol 3; Wolle 80, Baumwolle 25, Seide 3, Gummi 75; Fleisch 70, Gerste 30, Reis 60, Getreide (insgesamt) 50, Kaffee 11, Früchte 10, Zucker 6, Tabak 6, Mais 5, um nur die wichtigsten Nahrungs-, Genuß- und Gebrauchsmittel zu nennen. So bleibt das mächtigste und ausgedehnteste Kolonialreich als ganzes doch in starkem Maße angewiesen auf die Einfuhr aus dem Ausland. Eine Gesamtübersicht über den englischen Außenhandel nach den verschiedenen Ländern ergibt, daß er in den Dominions nur in Ägypten, außerdem im Sudan und in Nigerien gestiegen ist. Hier geht die Zunahme parallel mit dem Ausfall des deutschen Außenhandels. Gesunken ist der relative Anteil Englands besonders in Britisch-Indien, Ceylon, den Straits Settlements, Kanada und Südafrika, in jenen Teilen also, in denen die Industrialisierung und Kapitalisierung stark zugenommen hat.

Aus den vorstehend kurz gekennzeichneten grundlegenden weltwirtschaftlichen Wandlungen ergibt sich, daß die Kolonien und auch die Gebiete, die, wie China, nicht in unmittelbarer politischer, aber doch in starker wirtschaftlicher Abhängigkeit von England stehen, ihre Rolle als Absatzmärkte für die einheimischen industriellen Erzeugnisse und als Bezugsländer für Rohstoffe wenn noch nicht ausgespielt, so doch so stark eingeschränkt haben, daß also heute von einer Notwendigkeit kolonialer Betätigung aus diesen Gründen nicht mehr ernsthaft die Rede sein kann. Darüber hinaus aber wirken sich die Kolonien besonders für die englische Arbeiterschaft als wesentliche Hemmnisse für einen Aufstieg aus, da sie die industrielle Reservearmee des Mutterlandes vergrößern. Der Rückgang in der englischen Textilindustrie geht unmittelbar parallel der Entwicklung der Textilindustrie in den Kolonien.

Die Weltproduktion an Jute, für die Indien das Monopol hat, betrug im Durchschnitt der letzten Jahre 10 Millionen Ballen. Von diesen gehen heute 7 Millionen an die indischen Spinnereien nach Kalkutta, eine Million nach England, eine nach Deutschland, eine halbe nach den Vereinigten Staaten. Von 1910 bis 1925 hat sich die Zahl der Jutespindeln in Kalkutta von 335 000 auf 1 020 000 erhöht, die Zahl der Jutewebstühle von 16 200 auf 48 500. Während dieser Zeit hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter verdreifacht, das investierte Kapital aber vervierfacht. Im Laufe dieser Periode ist in Lancashire, wo sich ein Drittel der Spindeln der Welt befindet, der Export auf 59% der Vorkriegszeit gesunken.

Die Ausfuhr an fertigen Baumwollwaren aus England hat sich folgendermaßen entwickelt (in Millionen square yards):

1913	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
7075	4425	2902	4182	4140	4444	4434	3834	4118

Während der Weltverbrauch an Baumwolle von 23 auf 24,7 Millionen Ballen gestiegen ist, ist der englische Anteil in der angegebenen Weise gesunken. Es kann sich also nicht um eine vorübergehende Erscheinung handeln, sondern um eine Entwicklung der kolonialen Staaten, die beweist, daß das Ende der kolonialen Epoche immer näher heranrückt. Lancashires Hauptlieferant ist heute nicht mehr Indien, an seine Stelle ist Amerika getreten. Es werden jährlich 120 000 Ballen indischer, aber 2 000 000 Ballen amerikanischer Baumwolle in Lancashire verarbeitet. Die indischen Qualitäten sind geringer, der Transport von Amerika billiger. Hier hat die Kapitalmacht nicht mehr genug Einfluß gehabt, diesen Weg zu versperren. Indien aber versorgt heute Japan. Zudem ist der indische Eigenver-

brauch stark gestiegen; er betrug 1911 6 670 531 cwts, 1926 7 396 844. England hat in manchen der Nachkriegsjahre weniger Baumwolle aus Indien bezogen als Deutschland, Belgien oder Italien. Die englische Ausfuhr an Tuchen nach Indien ist seit 1913 um etwa die Hälfte gesunken. Aber die englische Textilindustrie ist darauf eingestellt, den Weltverbrauch allein zu decken. Während in Asien leistungsfähige Industrien entstanden sind, die die östlichen Länder versorgen und ihre Rohstoffe aus ihrer nächsten Nachbarschaft beziehen, liegt der englische Apparat zu einem großen Teil still. Im Juli 1927 waren in der englischen Woll- und Baumwollindustrie 312 000 männliche und 507 000 weibliche Arbeiter arbeitslos.

Die enormen Gewinne, die die Textilindustrie von Lancashire mit Hilfe der englischen Regierung Jahre hindurch machen konnte, gehören heute der Vergangenheit an. Die Überwindung der Schwierigkeiten wird hier, wie überall, auf Kosten der Arbeiterschaft unternommen. Wir stehen heute mitten in der Krise und wissen noch nicht, wie ihr Ende aussehen wird. Aber sicher ist, daß sie nicht ohne die schwersten Arbeitskämpfe überwunden werden kann. Nachdem der Plan, einen Konzern zu gründen, dem Firmen mit insgesamt mindestens zwei Millionen Spindeln angehören sollten, gescheitert ist, und nachdem weiter eine Konferenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die die Frage der Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung regeln sollte, mit der Ablehnung sämtlicher Vorschläge der Unternehmer durch die Arbeiterschaft endete, beginnen die Arbeitgeber mit Gewalt vorzugehen. Die Unternehmerverbände haben an ihre Mitglieder die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sind, in einen Arbeitskampf einzutreten. Das Ziel dieses Kampfes ist: Herabsetzung der Standardakkordlöhne um 25%, bei Zeitlohnarbeitern entsprechend. Die Unternehmer der amerikanischen und der ägyptischen Sektion werden angefragt, ob sie bereit sind, ihre Spinnereien zu schließen und die Arbeiter auszusperren. Der Ausgang dieser Aktion steht noch bevor.

Allein aus dem Rückgang der englischen Textilindustrie ist es auch zu erklären, daß die ersten Arbeiterschutzgesetze für die indische Textilarbeiterschaft nicht etwa auf die Bestrebungen der indischen Arbeiterbewegung, sondern auf die der Baumwollherren von Lancashire zurückzuführen sind. Und es ist bezeichnend genug, daß das plötzlich erwachte Mitgefühl mit der ausgebeuteten indischen Arbeiterschaft sich lediglich auf die Textilarbeiter bezieht, während doch der Kuli auf den Teeplantagen ein mindestens ebenso fürchterliches Sklavendasein führt. Aber in Lancashire wird eben nicht Tee, sondern Baumwolle verarbeitet. Schon 1875 begann die indische Textil-

industrie — wenn auch in viel geringerem Umfange — den englischen Fabrikherren gefährlich zu werden, und auf ihr Betreiben ist es zurückzuführen, daß im Unterhaus ein Gesetz angenommen wurde, das die Arbeit für Kinder unter 7 Jahren verbietet und auf 9 Stunden für Kinder unter 12 Jahren beschränkt. Eine gefährliche Bundesgenossenschaft! Und die Tatsache, daß von den Mindestforderungen, die die indische Arbeiterschaft im Jahre 1884 aufgestellt hat, bis heute nur ein kleiner Teil erfüllt ist, genügt, um zu beweisen, wie wenig die Arbeiterschaft von den Danaergeschenken der Kapitalisten zu erwarten hat, auch wenn zeitweise eine Interessengemeinschaft vorzuliegen scheint.

Indien hatte seine größte Bedeutung für das englische Mutterland in der Zeit, da das Reich selbst noch im Anfang seiner Kapitalisierung und Industrialisierung stand. Damals war die erste Notwendigkeit: Kapital für das Inland zur Schaffung der Industrie. Durch Ausbeutungswirtschaft, Ausfuhr von Gold, Besteuerungen und Tribute wurden die großen „indischen Vermögen" geschaffen, die das einheimische Kapitalbedürfnis befriedigten. Die zweite Phase setzte ein, als nicht mehr die indischen Werte nach England strömten, sondern englische Kapitalien in Indien angelegt wurden, um in Indien „das Gerüst der europäischen Zivilisation zu unterhalten". Die in Indien angelegten englischen Vermögen werden für das Jahr 1916 auf 390 Millionen Pfund geschätzt. Für die englischen Kapitalisten hatten diese im Ausland in Tropenpflanzungen, in Baubetrieben und Fabriken angelegten Kapitalien neben den „zivilisatorischen" noch einige realere Nebenzwecke. Indien hat heute an die Aktionäre und Gläubiger des Mutterlandes jährlich rund 30 000 000 Pfund an Abgaben zu zahlen. Das Land, das, wie Demangeon feststellt, „von Grund auf und dauernd verschuldet ist", zahlt seine Schuld in Waren. Wie es aber anfängt, den Wert seiner Waren zu erhöhen, indem es zur Gründung von Standortindustrien schreitet, um mit Fertigwaren die Schuld an das Gläubigerland zu decken, setzt eine neue Periode der kolonialen Entwicklung ein: das in Indien investierte Kapital beginnt, sich gegen die Kapitalisten zu wenden, die aus ihm ihren Nutzen ziehen wollen; es verhindert den Aufstieg der Industrie des Mutterlandes. Damit wird für die englische Arbeiterschaft koloniale Betätigung zur größten Gefahr. Durch Verengerung des einheimischen Arbeitsmarktes, infolge der Konkurrenz der überseeischen Arbeiterschaft werden ihr Aufstieg und Arbeitskämpfe ungeheuer erschwert.

Die indische Arbeiterschaft befindet sich heute in der gleichen Situation, in der die englische Arbeiterschaft sich zu Beginn des vorigen Jahrhunderts befand. Mit der Entwicklung der Industrie geht die Verelendung der breiten Massen Hand in

Hand. Der Aufschwung mancher Industriezweige ist sehr groß und schnell. So schlossen z. B. die Tatawerke in der Nähe von Kalkutta für das Jahr 1926/27 mit einem Reingewinn von rund 15 Millionen Rupees ab bei einer Produktion von 600 000 t Eisen und 375 000 t Stahl. Die indische Zementproduktion ist von 1914 bis 1924 gestiegen von 945 auf 225 000 t. Für den Aufschwung der Textilindustrie besteht auch in Indien selbst kein genügender Absatzmarkt. Von der Ernte des Jahres 1926, die 6 Millionen Ballen Baumwolle betrug, wurden 2 Millionen in der eigenen Industrie verbraucht, 1 Million findet feste Abnehmer auf den europäischen Märkten, aber für 3 Millionen werden noch Absatzmärkte gesucht. Der Sättigungsgrad der eigenen Industrie scheint bereits erreicht.

Die indischen Kapitalisten, die Jahrzehnte hindurch von der englischen Bourgeoisie niedergehalten worden waren, so durch besonders hohe Besteuerung der indischen Maschinenindustrie, bekommen die Industrialisierung Indiens selbst in die Hand. Damit hat das Land seine typisch kolonialen Handelsbeziehungen, Ausfuhr von Rohstoffen, Einfuhr von Fertigfabrikaten, zugunsten der zwischen industrialisierten Staaten bestehenden Beziehungen, Austausch von Rohstoffen gegen Rohstoffe und von Fertigprodukten gegen Fertigprodukte, aufgegeben. Die Entwicklung Indiens ist typisch für die farbigen Kolonien überhaupt: die industrielle Erschließung hat ihnen den kolonialen Charakter genommen. Die koloniale Bevölkerung erkennt selbst sehr wohl ihre in der ökonomischen Entwicklung begründete wachsende wirtschaftliche Verselbständigung und zieht daraus ihre Konsequenzen in ihrem Verhalten gegenüber dem Mutterland. Die einheimische Bourgeoisie beginnt sich ihrer Macht bewußt zu werden; die indische z. B. verlangte und erhielt 1916 als Gegengabe für eine Kriegsanleihe von 100 Millionen Pfund einen Zoll auf Baumwolle von 3½%. Dieser Zolltarif, der lediglich nach indischen Interessen und nicht mehr nach denen des Mutterlandes fragt, bedeutet, daß die erstarkte indische Kapitalistenklasse gewillt ist, den Mehrwert nicht mehr der Bourgeoisie des Mutterlandes zuströmen zu lassen, sondern ihn für sich selbst zu reklamieren. Damit steht das indische Proletariat im Augenblick der historischen Entscheidung, ob es aus einem Ausbeutungsobjekt des englischen Kapitals zu dem des einheimischen Kapitalismus wird, oder ob es die Situation, da das englische Kapital auf seine Ausbeuterrolle verzichten muß, benutzt, um seine Befreiung zu erkämpfen. Die Stunde jedenfalls, da die eigene Kapitalistenklasse sein Bundesgenosse in der nationalen Revolution sein konnte, ist heute vorbei. Wohl besteht infolge des Kampfes zwischen englischer und indischer Bourgeoisie eine starke Verwischung der

klaren Klassenkampffront, aber die indische Arbeiterklasse findet in ihrem Kampfe heute keinen anderen aufrechten Bundesgenossen als das Weltproletariat. Sie ist besonders auf diese Bundesgenossenschaft angewiesen, da die Jahrhunderte alte Tradition der Stabilität des Produktionsprozesses und damit der Ideologie ein außerordentlich großes Hemmnis des erwachenden Klassenbewußtseins und der Erstarkung der eigenen Kampfesfront ist.

Die gleiche Tendenz der wirtschaftlichen Lostrennung vom Mutterlande macht sich in den letzten Jahren mit der fortschreitenden Industrialisierung und Kapitalisierung auch in Kanada geltend, das ja, wie bereits erwähnt, schon durch seine geographische Lage stärker auf die Vereinigten Staaten als auf England hingewiesen ist. Kanada selbst fühlt sich heute nicht mehr als Kolonie, es hat hingegen selbst koloniale Bedürfnisse. Es tendiert nach den Antillen, nach Südafrika, nach den Inseln des Stillen Ozeans.

Die kanadische Industrie geht heute ihre eigenen Wege, indem sie begonnen hat, mit eigenem Kapital Fabriken zu gründen, deren Gewinne in den Händen der eigenen Kapitalisten bleiben, anstatt nach dem Mutterlande zu fließen. Die Eisengruben von Bell Island gehören einer kanadischen großen Schiffbaugesellschaft in Halifax; die Fabriken in Quebec, die für die Ausfuhr arbeiten, erhalten den größten Teil ihrer Aufträge von Australien, das nicht mehr, wie früher, seinen Bedarf aus den industriellen Erzeugnissen des Mutterlandes deckt. Auch seine eigenen Bedürfnisse befriedigt das Land in steigendem Umfange selbst: während es 1913 73% seines Bedarfs an Baumwollwaren aus dem Mutterlande bezog, deckte es 1919 60% selbst. Im Jahre 1921 wurde mit eigenem Kapital in Ontario eine große Leinenfabrik errichtet, die den einheimischen Flachs verarbeitet.

Die großen kanadischen Handelsunternehmungen gehören, soweit sie nicht in den Händen der einheimischen Kapialisten sind, nicht Engländern, sondern Amerikanern. Die Eigentümer der Goldgruben Neuschottlands, der Kohlenbergwerke und Wälder Britisch-Kolumbiens sitzen nicht in London, sondern in New York. Demangeon gibt die Gesamtsumme der in Kanada untergebrachten amerikanischen Anleihen mit 524 Millionen, das insgesamt in Kanada untergebrachte amerikanische Kapital mit 1250 Millionen und die jährlich nach Amerika gezahlten Zinsen mit 75 Millionen an.

Seitdem die unmittelbaren und monopolistischen Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien in der alten Form nicht mehr bestehen, ist das letzte direkte Band, dessen Vorherrschen die dritte koloniale Epoche kennzeichnet, die der

Kapitalausfuhr. Aber auch diese Beziehung beginnt sich zu lockern. Das Kapital des Mutterlandes kämpft um die Anlage in den eigenen Kolonien heute genau so mit der Konkurrenz der ausländischen Kapitalmacht wie um jedes andere Gebiet.

Besondere Aktualität erlangten in den letzten Monaten die Vorgänge in Ägypten. Aber die wirtschaftlichen Ursachen liegen weit zurück.

Als zu Beginn des Krieges der Kurs für ägyptische Baumwolle enorm sank, hat das Mutterland nichts dagegen getan, sondern die Konjunktur ausgenutzt und zu sehr billigen Preisen Baumwolle gekauft. Als 1917 die Preise wieder anzogen, ist die englische Regierung selbst als Käufer auf dem Baumwollmarkt aufgetreten und hat die gesamte Ernte weit unter Preis aufgekauft. Dadurch konnte sich die Industrie noch einige Zeit über Wasser halten, aber diese Möglichkeiten bestehen heute nicht mehr, seitdem die überseeischen Länder beginnen, sich zu schützen. So hat Ägypten seinen Baumwollanbau stark umgestellt; es hat die Spezialisierung seiner Landwirtschaft auf Baumwolle beseitigt, indem es für ein Drittel seines Bodens deren Anbau verboten hat.

Im Jahre 1924 gab der Mord an dem englischen Oberbefehlshaber den Engländern den Vorwand zu dem entscheidenden Schlag. Der Sudan wurde dem bisherigen Mitbestimmungsrecht der Ägypter entzogen und die riesige Baumwollplantage in ein englisches Baumwollmonopol umgewandelt. Durch das Preisdiktat wurden vor allem die kleinen Baumwollzüchter vernichtet. Schließlich gelang es England, mit Hilfe der ägyptischen Koalitionsregierung von Liberalen und Zaghlulisten, einen Vertrag durchzusetzen, der Ägypten vollends dem englischen Baumwollkonzern ausliefert.

Die australische Industrie stellt zwar noch keine ernsthafte Konkurrenz auf dem Weltmarkt dar, ihren eigenen Markt aber hat sie zu einem guten Teil erobert und von der Einfuhr der Industrieerzeugnisse des Mutterlandes unabhängig gemacht. Die Eisenindustrie erzeugte schon 1918 über 150000 t Schienen, Stahlplatten und Stahldraht; Spinnereien und Webereien wurden erst vor kurzem in größerem Stile errichtet. Australien selbst zeigt heute schon durchaus offen imperialistische Bestrebungen. Es sucht den Seeweg nach dem Panamakanal und gibt deutlich zu erkennen, daß es Interesse an den Hebriden hat. Die Fidschi-Inseln, die offiziell als Kronkolonie gelten, sind in Wirklichkeit ein Teil des australischen Dominions. Seine Stellung hat sich weiter dadurch verstärkt, daß es Neu-Guinea, den Bismarckarchipel und die Salomoninseln als Mandat des Völkerbundes erhalten hat und dadurch zum Hauptproduzenten von Kopra in den Südmeeren geworden ist.

Ein erheblicher Teil aller Kolonien hat heute bereits den Weg zurückgelegt, der von der Arbeitskolonie über das Rohstoffausfuhr- und Fertigwareneinfuhrgebiet zum selbständigen kapitalistischen Land mit imperialistischen Tendenzen führt. Diese ökonomische Entwicklung, die zur Aufgabe des Kolonialsystems drängt, hat auch bereits ihren ideologischen Niederschlag gefunden: in der Bewegung der eingeborenen Arbeiterschaft.

* * *

Aber nicht allein das Elend der Industriearbeiterschaft und seine Rückwirkungen auf die Lage des europäischen Proletariats sind in unserem Zusammenhang beachtenswert; eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielt heute, da doch noch immer der größere Teil der Bevölkerung, besonders in Asien, von der Landwirtschaft lebt, die Agrarverfassung und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen für die Lage des kolonialen Landproletariats. Die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Produktion resultieren vor allem aus dem System des Großgrundbesitzes mit seinem uneingeschränkten Ausbeutungssystem. Der Großgrundbesitzer ist der unumschränkte Herrscher, an den der unter den elendesten Verhältnissen lebende Bauer oft mehr als die Hälfte seines Ertrages als Pachtzins abführen muß. Die Herrschaft der europäischen Regierungen stützt sich in erster Linie auf dieses System, und deshalb stehen sie jeder Agrarreform von vornherein feindlich gegenüber. Englands Macht in Indien z. B. beruht auf den Maharadschas, den Landesfürsten, die sämtlich Großgrundbesitzer sind.

Seit der zunehmenden Industrialisierung hat sich die Lage der Landwirtschaft weiter dadurch verschlechtert, daß die ausländischen Kapitalisten ihre Gelder lieber in die gewinnbringenden Industrieanlagen stecken, als für die wichtigsten Erfordernisse der Landwirtschaft zu sorgen. Hierzu gehörten in erster Linie Bewässerungsanlagen, da infolge der Dürre ungeheuere Landstrecken, die Millionen von Bauern Lebensunterhalt bieten könnten, brach liegen. In Syrien z. B. wird noch nicht ein Zehntel des anbaufähigen Bodens bebaut.

Der Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts, Dr. Mann, der die Agrarverhältnisse in den englischen Kolonien eingehend studiert hat, teilt mit, daß es für 81% der indischen Bauern völlig unmöglich ist, sich aus der Landwirtschaft zu ernähren.

Der ägyptische Fellach muß die Hälfte seiner Ernte — vor allem Baumwolle — an den Großgrundbesitzer verkaufen. Da die Klasse der Großgrundbesitzer aber die einzige ist, die das englische Regierungssystem unterstützt, besteht hier nicht die geringste Aussicht auf Wandlung der Verhältnisse.

Die Folge dieser Not der ländlichen Bevölkerung ist natürlich Landflucht. Sie strömt in Massen — besonders nach der Verdrängung der ländlichen Heimarbeit durch die Industrie — in die Städte und vergrößert dort die industrielle Reservearmee. Auch das wirkt wieder auf die europäische Arbeiterschaft zurück. Die Not auf dem flachen Lande schränkt die Konsumtion europäischer Industrieerzeugnisse ein. Die ungeheueren Gebiete fallen als Absatzmärkte vollkommen aus. Eine Agrarreform, wie die einheimische Landbevölkerung sie anstrebt, liegt damit auch im Interesse der europäischen Arbeiterschaft. Zwar hat der Vertreter Indiens im Wirtschaftsrat des Völkerbundes, Sir Atull Chetterjee, in der Sitzung, die Mitte Mai dieses Jahres stattfand, mit Nachdruck darauf verwiesen, daß die außereuropäische Landwirtschaft gehoben werden müsse, damit sie in vermehrtem Umfang europäische Produkte kaufen könne; aber dieser fromme Wunsch wird am Widerstand der Regierung scheitern. Eine Agrarreform ist nur zu erreichen gegen das europäische Kapital im Bunde mit den Eingeborenen.

Das Eingeborenenproblem

Der Hauptantrieb zur Industrialisierung der Kolonien liegt in dem Standort der Rohstoffe und dem der billigen Arbeitskraft. Seit dem Eindringen des europäischen Kapitalismus, der von dem Ort des größten Widerstandes der Arbeiterschaft, aus den Ländern eines stark organisierten Proletariats, seine Tätigkeit verlegt hat in jene Gebiete, da die Arbeiterschaft noch unaufgeklärt und unorganisiert war, hat sich deren Lage noch erheblich verschlechtert. Es ist den europäischen Kapitalisten nicht gelungen, der Eingeborenenfrage Herr zu werden. Die wirtschaftlichen Wandlungen in den Kolonien haben den Europäer nicht dazu gebracht, seine Stellung gegenüber dem Farbigen zu verändern. Er betrachtet ihn noch immer als einen Menschen zweiter Klasse, der keine andere Aufgabe hat, als für den Weißen zu arbeiten. Als Entgelt dafür, behauptet er, ihm Kultur und Zivilisation zu bringen. Wie es damit beschaffen sein kann, zeigen schon allein die Einnahmen der farbigen Arbeiter. In den chinesischen Baumwollfabriken, die vom europäischen Kapital abhängig sind, beträgt der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters 12 chinesische Dollar (1 chinesischer Dollar gleich 2 M.), der eines Hafenarbeiters 9, eines Holzarbeiters 12, eines Arbeiters in den Seidenspinnereien 6—10 chinesische Dollar. Was diese Zahlen für das „Kulturniveau" des Arbeiters bedeuten, wird erst klar, wenn wir

sie zu der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Beziehung setzen. Nach dem „North China Herald“ (zitiert nach einem Aufsatz von Ernst Reinhard im Märzheft 1928 des „Klassenkampf“) setzt sich das Budget einer vierköpfigen Kulifamilie wie folgt zusammen:

1/2 Picul Reis	8	chinesische	Dollar
Gemüse	4	„	„
Brennmaterialien	1,50	„	„
Gewürz	1,50	„	„
Steuern und Abgaben . .	2	„	„
Tabak und Erfrischungen .	1	„	„
Kleidung	2	„	„
Verschiedenes	1	„	„
Zusammen	21	chinesische	Dollar.

Diesen gewiß nicht anspruchsvollen Haushaltsplan können aber nach den Angaben über die Lohnhöhe die meisten Arbeiter noch nicht einmal innehalten. Wo bleibt da die Möglichkeit einer Hebung des Kulturniveaus?

In den eigentlichen Kolonien liegen die Verhältnisse keineswegs besser. Für das Jahr 1925 teilt Brailsford mit, daß der Wochenlohn eines indischen Jutearbeiters zwischen 2,50 und 12 M. schwankt. „Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt 250 M. An jedem Arbeiter dieser Industrie (es gibt deren 300 000) versteht die Geschäftsleitung im Durchschnitt 2000 M. zu verdienen.“ Nach amtlichen Angaben beschäftigen die indischen Bergwerke 80 000 Frauen, davon 63 000 in den Kohlengruben; das sind 35% der Bergarbeiter. In den Fabriken von Britisch-Indien arbeiten zur Zeit nach den öffentlichen Statistiken 75 000 Kinder.

Die gegenwärtige Streikwelle in Indien gab von neuem Gelegenheit, die Lebensverhältnisse der indischen Arbeiterschaft zu studieren. Die englische Regierung und die englische bürgerliche Presse begnügen sich damit, den Streik als eine „bolschewistische Mache“ hinzustellen. Aber es bedarf sicherlich keines Bolschewismus, um diese Arbeiter zum Streik zu bewegen. Ihre wirtschaftliche Lage reicht dazu vollständig aus. Das indische Proletariat unterscheidet sich nur noch dem Namen nach und nur rein formal von unfreien Sklaven. Die nominell „freien“ Arbeiter in Bombay und Kalkutta müssen, um überhaupt eine Arbeitsstelle zu erhalten, den Vorarbeiter oder die Vorarbeiterin zunächst bestechen und sind ihnen damit schon ausgeliefert. Die Vorarbeiterinnen namentlich nutzen diese Vormachtstellung häufig dazu aus, um ihre jungen Arbeiterinnen zur Prostitution zu zwingen. Der erste Lohn wird im allgemeinen

nach sechs Wochen ausgezahlt, aber auch dann wird noch der Lohn von vier Wochen zurückbehalten. Verlangt der Arbeiter einen „Vorschuß", d. h. einen Teil des Lohnes, den er längst abgearbeitet hat, so muß er dafür Zinsen zahlen. Bleibt ein Arbeiter einen Tag unentschuldigt von der Arbeit fern, so wird der Lohn der letzten vier Wochen einbehalten. Auf diese Weise werden den Arbeitern Bombay jährlich 11 000 Pfund Sterling gestohlen.

Um so höher sind die Gewinne der Kapitalisten. In einzelnen Jutefabriken werden alljährlich doppelt so viel Dividende ausgeschüttet wie Löhne gezahlt; Brailsford hat festgestellt, daß 20% Gewinne der Durchschnitt sind, daß aber auch Dividende von 200 bis 250%, in einem Falle sogar von 400% ausgeschüttet wurden. Dabei geht man wohl kaum fehl in der Annahme, daß in Indien ebensowenig wie in unseren großen Unternehmungen die Dividende wirklich die Höhe der Gewinne repräsentiert.

Die japanische Konkurrenz hat die indischen Unternehmungen veranlaßt, zu „rationalisieren". Damit hat die schamlose Ausbeutung ihren Höhepunkt erreicht. Das bedeutete Lohnsenkung um ein Fünftel und straffe Einhaltung der 60-Stunden-Woche. Um darauf mit einem Streik zu reagieren, dazu bedurfte es wahrhaftig einer bolschewistischen Hetze nicht. Auch Bürgerliche schildern die Lage der indischen Arbeiterschaft als völlig trostlos. M. G. Desai, der sich auf Burnett Hurst (Arbeit und Wohnung in Bombay) stützt, schreibt:

„Die Arbeiter schlafen gewöhnlich in den Straßen, auf offenen Plätzen, in Verandas, in Korridoren, in Höfen. 53% aller Industriearbeiter Bombays bezahlen keine Wohnungsmiete, weil sie keine zu bezahlen vermögen. Wer aber eine Wohnung hat, lebt unter Umständen noch schlechter als diejenigen Arbeiter, welche im Freien übernachten müssen. Die schlechtestbezahlten dieser Arbeiter wohnen in Hütten, deren Wände und Dächer aus zurechtgebogenen Blechen alter Petroleumkannen bestehen. Es gibt da keine Fenster. Der Fußboden befindet sich drei Zoll über der Erde; wenn der Monsunregen fällt, wird er gewöhnlich überschwemmt. Ist es zu verwundern, wenn von 1000 Kindern, die in der Stadt geboren werden, 572 im ersten Lebensjahre sterben? . . . Das grauenhafte Bild von Kinderelend, das sich hier abwickelt, wird nur ergänzt durch die Tatsache, daß 98% aller Arbeiterkinder mit Opium eingeschläfert werden, damit die Mutter in die Fabrik gehen kann. So kommt es, daß das durchschnittliche Lebensalter des indischen Arbeiters nur 23,5 Jahre beträgt, während man beim europäischen Arbeiter mit rund 40 Jahren rechnen darf."

Fast am hoffnungslosesten liegen die Verhältnisse in Südafrika, denn dort ist die ganze Wirtschaftspolitik noch darauf eingestellt, daß die ursprüngliche holländische Kolonie am Kap

der Guten Hoffnung vollständig auf Sklavenarbeit aufgebaut war. Noch heute herrscht unter den Weißen in Südafrika die Auffassung, daß Handarbeit eine eines weißen Mannes unwürdige Tätigkeit sei. Die Farbenschranke ist hier bis zum heutigen Tage nicht überwunden. Olivier, der die Verhältnisse sehr genau aus eigener Erfahrung kennt, gibt an (Gesellschaft 1927, I, 486), daß in der Bergbauindustrie, die das wichtigste Aktivum des Staates bildet, auf zehn schwarze Arbeiter durchschnitlich ein Weißer kommt, dessen Lohn zehnmal so hoch ist wie der des schwarzen Arbeiters. Olivier zitiert einen sehr interessanten Bericht der „Regierungskommission für Wirtschaft und Löhne" aus dem Jahre 1926, in dem es heißt:

„Die Löhne der weißen Bergarbeiter im Rand sind höher als in irgendeinem anderen Gebiet der Alten Welt. Die Produzenten, die gezwungen sind, den weißen Arbeitern diese hohen Lohnsätze zu zahlen, können dies nur dadurch ermöglichen, daß sie zu den niedrigeren Arbeiten ausschließlich eingeborene Arbeitskräfte verwenden . . . Die besonderen Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung der Eingeborenenarbeit vom Jahre 1911 und des Master-and-Servantgesetzes haben sozial zur Folge gehabt, daß sie das öffentliche Gewissen gegen eine Einmischung in die persönliche Freiheit der Eingeborenen wie der Weißen einlullten, so daß sich allmählich das Gefühl festsetzte, der Handarbeiter gehöre, egal welche Farbe er hat, zu einer ganz anderen Gattung Mensch. Diese Bestimmungen dienen auch zur Aufrechterhaltung der Tradition, daß Handarbeit für Weiße entwürdigend sei. Ökonomisch wirken diese Gesetze dahin, daß sie den Eingeborenen eine Besserung ihrer Lage unmöglich machen.

Die Lohnsätze der industrialisierten und stammesentwurzelten, in Städten lebenden Eingeborenen sind so niedrig, daß sie nicht zur Ernährung, Kleidung und Wohnung der Eingeborenen ausreichen."

Wenn in allen Kolonien die farbigen Arbeiter die rechtlosen Ausbeutungsobjekte der weißen Kapitalisten sind, so ist in Afrika der einzige Unterschied der, daß dieser Zustand gesetzlich sanktioniert wurde. Das wurde dadurch ermöglicht, daß die südafrikanische weiße Arbeiterschaft eine Koalition mit der von General Hertzog geführten Nationalpartei schloß. Diese beiden Parteien brachten gemeinsam das „Farbenschrankengesetz" zur Annahme, das den Minister für Handel und Bergbau berechtigt, die Verwendung von eingeborenen oder asiatischen Arbeitern in allen mit Dampfkraft betriebenen Bergwerken und Industrien zu verbieten. Dieses Gesetz, das die rechtliche Handhabe für die Versklavung der einheimischen Arbeiter schafft, durchgebracht durch die Hilfe einer Arbeiterpartei! Da wird es wirk-

lich die höchste Zeit, daß die Internationale die Sicherungen schafft, die derartiges für alle Zukunft unmöglich machen!

Natürlich wird von den weißen Ausbeutern nicht zugegeben, daß dieses Gesetz die Eingeborenen von dem Bergbau ausschließen will. In dem Gutachten der Kommission für Wirtschaft und Löhne heißt es: „Im Bergbau ist es die Regel, daß der farbige Mann arbeitet und der Weiße anordnet. Der Mechaniker hat seine Kaffern an der Hand, die das Material und die gröberen Werkzeuge handhaben." Dazu sagt Olivier, daß die Kaffern genügend geschulte Arbeiter seien, um die Arbeit zu leisten, die man nach diesem System den Weißen vorbehält. Ihre Löhne werden so niedrig gehalten mit Rücksicht auf die Grundbesitzer, die die Mehrzahl der Wähler ausmachen. Ähnlich wie in der Arbeitsverteilung werden sie behandelt bei der Verteilung des Bodens. Auf 1 520 000 Europäer kommen 4700000 Eingeborene und 580000 Farbige; aber den Europäern gehören 85% des kulturfähigen Bodens.

Auch auf diesem Gebiet wird es den Eingeborenen und Farbigen wenig nützen, auf die Einsicht und die Hilfe der kultivierten weißen Rasse zu warten. Schöne Worte helfen ihnen wenig, und mit denen wird nicht gespart. In dem Bericht der Wirtschaftskommission heißt es (zitiert nach Olivier):

„Die staatliche Lohnregelung sollte zuerst in den Beschäftigungszweigen mit den niedrigsten Lohnsätzen eingeführt werden ... Eine solche Politik hätte als erste Wirkung, daß die Spannung zwischen den Lohnsätzen für gelernte Arbeiter im allgemeinen verringert und der Niedergang jener europäischen Arbeiter gemildert würde, die bei den jetzigen Lohnsätzen für gelernte Arbeiter keine Beschäftigung finden können. Die größte Hoffnung der ärmeren weißen Arbeiter liegt in der Einführung eines Normallohnes für ungelernte Arbeiter, der eine Reorganisation der Industrie auf der Basis der vollsten Ausnutzung der Arbeitskraft anregen könnte ... Entweder muß die wirtschaftliche Lage der Eingeborenen gehoben werden, oder der ungelernte Weiße muß auf den Lebensstandard der Eingeborenen heruntersteigen. Der Preis, den Südafrika für seine Eingeborenenarbeiterpolitik zahlt, ist die Existenz einer Menge ‚armer Weißer', die keine Beschäftigung finden können."

Diese Einsicht nützt weder den eingeborenen noch den weißen Arbeitern. Wohl haben die letzteren durch Streiks verschiedentlich Lohnerhöhungen erreicht, aber wie sich diese bei dem System der Farbenschranke auswirken müssen, sieht ja selbst die Kommission ein. Trotzdem werden die Streiks der Eingeborenen in den Goldgebieten stets mit Waffengewalt niedergeworfen. Den weißen Arbeitern droht außerdem noch die Konkurrenz der Hindukulis, von denen heute 150 000 in den

Tee- und Zuckerpflanzungen Natals arbeiten. Trotzdem werden die Kolonialschwärmer nicht müde, der Arbeiterschaft immer wieder von den Arbeitsgelegenheiten in den Kolonien zu erzählen, um sie — soweit sie aus bürgerlichem Lager stammen — zur Vergrößerung ihrer Profitrate zu gewinnen, als Opfer dieser bürgerlich-kapitalistischen Propaganda und aus falsch verstandenem Nationalgefühl, soweit sie leider auch in sozialistischen Kreisen auftauchen.

Wie sehr die Eingeborenen erwachen und versuchen, dem europäischen Kapitalismus Konkurrenz zu machen, können wir ebenfalls in Südafrika feststellen. In Witwatersrand waren 1913 in drei Aktiengesellschaften sämtliche Aktionäre Hindus, 1919 in 370 Gesellschaften. Viele europäische Firmen mit ihrem kostspieligen Betrieb machen bankrott. Europa geht hier zum Gegenangriff über. Ob auf die Dauer mit Erfolg, ist mehr als fraglich. 1919 wurde bereits ein Gesetz geschaffen, daß die Erteilung weiterer Handelskonzessionen an Hindus untersagte und ihnen verbot, in Transvaal als Aktionäre von Gesellschaften oder als Hypothekengläubiger Eigentum zu erwerben. Heute noch werden die politischen Verhältnisse in Südafrika stark beherrscht von der „de Beers Consolidated Mines Company", die die Diamantgruben besitzt und an den Witwatersrander Goldgruben beteiligt ist. Aber sie steht in ständiger Abwehrstellung gegenüber den Eingeborenen, die wohl den Willen, aber noch nicht die Kraft haben, sie aus ihrer beherrschenden Stellung zu vertreiben. Noch fehlt ihnen die Organisation, und dadurch allein können die europäischen Gesellschaften sich halten. Wie lange noch?

Die Eingeborenen fordern die wirtschaftliche und politische Gleichstellung aller Rassen, während die Gegenseite den „Schutz der weißen Rasse" verlangt. Die Weißen erkennen die Gefahr; sie wissen, daß die Zeiten, da sie die Farbigen schrankenlos ausbeuten konnten, vorbei sind, und fühlen sich in die Defensive gedrängt. Der erhebliche Aufschwung, den die südafrikanische Industrie in den letzten Jahren genommen hat, ist allein der Ausbeute der schwarzen Arbeitskraft zu danken; aber die europäischen Kapitalisten befürchten, daß diese nun selbst ihren Anteil am Produkt fordern und ihre Profite damit einschränken könnte. In einer Rede in Queenstown sagte Sir Abe Baleys (nach „African World" vom 7. Mai 1927): „Wenn die Eingeborenen auf eigene Gebiete beschränkt werden, so wird sich wegen der billigen schwarzen Arbeitskräfte die Industrie sicherlich früher oder später hier einfinden und Waren zu viel niedrigeren Preisen erzeugen, als sie im Gebiet der Weißen hergestellt werden. Der Eingeborene geht auf politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung aus, aber ich hoffe, er wird

auf ein falsches Pferd gesetzt haben. Warum sollen wir dazu beitragen, billige und zahlreiche Konkurrenten für unsere Kinder und Kindeskinder aufkommen zu lassen?" Gemeint ist damit nichts anderes als: warum sollen die Eingeborenen durch ihre billige Arbeitskraft und die dadurch erzielten billigeren Preise selbst den Nutzen für ihre Arbeit haben, anstatt ihn wie bisher denen zu überlassen, für die die farbigen Arbeiter nützliche Profitschaffer gewesen sind? Nur solange die billige Arbeitskraft abhängig ist von der Kapitalkraft der Weißen, wirkt sie sich in dem Sinne der Profitwirtschaft aus. In dem Augenblick, da sie selbständig zu werden beginnt, wird sie zu einer ernsten Gefahr für die Interessen der Kapitalisten. Als von 1926 auf 1927 die Ausbeute der südafrikanischen Diamantindustrie sich nahezu verdoppelte (von 4 auf 7 Millionen), wurde, nachdem durch das Überangebot die Preise stark zurückgegangen waren, ein Beschränkungsgesetz (Precious Stone Bill) eingebracht. Hätten die Eingeborenen selbst das Verfügungsrecht über ihre Arbeit und das Produkt ihrer Arbeit, so entstände dem europäischen Kapitalismus eine gefährliche Konkurrenz; so aber ist es möglich, den Überfluß an volkswirtschaftlichen Gütern, der bei anderer Anwendung und Verteilung die Lebenshaltung breitester Schichten heben könnte, im Interesse einiger abzudrosseln. Durch die Ausnutzung der Arbeitskraft der eingeborenen Arbeiter können hier noch ungeahnte Werte erschlossen werden. Aber noch steht der Kampf um die Ausnutzung dieser Güter in seiner ersten Phase. In den letzten Jahren sind große neue Produktionsanlagen geschaffen worden. Zu der alten Union Steel Corporation von 1912 sind 1920 die South African Iron and Steel Corporation in Pretoria und die Newcastle Iron and Steel Works in Natal getreten. Im Juli 1927 wurde im Parlament über die Errichtung eines großen staatlichen Eisen- und Stahlwerks beraten. Der jährliche Verbrauch an Eisen und Stahl beträgt in Südafrika (ohne Maschinen) jährlich zur Zeit rund 370 000 t. Da die jährliche Inlandproduktion gegenwärtig nur etwa 50 000 t beträgt, ist der Absatz gesichert. Die „Los vom Abendland-Bewegung" macht Fortschritte. Der Augenblick, da die eingeborenen Arbeiter ihre Rechte sichern könnten, rückt heran. Für sie kommt jetzt alles darauf an, daß der Sieg über das englische Kapital für sie nicht mit einer Unterwerfung unter die Herrschaft des sich neu entwickelnden einheimischen Kapitalismus verbunden ist.

Hier liegen die Aufgaben für die Internationale. Freilich, heute genügen nicht mehr Aufrufe, nicht der gute Wille allein. Es gilt, die wirtschaftlichen Tatsachen zu erkennen und überall dort mit der Arbeit einzusetzen, wo die ökonomische Entwicklung selbst den Eingeborenen schon Angriffsmöglichkeiten bietet.

Wie die Eingeborenen selbst in ihrem dunklen Drange sich zu helfen wissen, wie sie die ökonomische Situation allmählich auszunützen verstehen, das haben kürzlich die Kongoneger bewiesen, als sie im Kampf um den Kautschuk die Absichten des Stephenson-Planes zunichte machten.

Die Ausnutzung der Eingeborenen durch das europäische Kapital hatte einen derartigen Umfang angenommen, daß diese zur Abwehr schreiten mußten. Aus den Aufstellungen des „Statistical Abstract for the Netherlands East-Indies" von 1926 ergibt sich, daß in Java und Madura an steuerpflichtigem Einkommen entfielen:

Einkommen von	auf Europäer	auf Eingeborene
unter 2 100 gld	17 000	1 500 000
2100—15 000 „	37 000	3 000

Dazu ist zu bemerken, daß auf die erste Gruppe 555 000 Eingeborene mit einem Einkommen unter 120 Gulden jährlich entfallen, und daß insgesamt 56 556 Europäern 1 154 401 Eingeborene gegenüberstehen. Der Durchschnittslohn der Eingeborenen in Java wird für das Land mit 38, für die Stadt mit 45—50 cent täglich angegeben. Den „Höchstlohn" erhält der Hafenarbeiter in Belawan mit 100 cent täglich. Dem stehen die enormen Gewinne des europäischen Kapitals gegenüber, die sich in erster Linie aus den Kautschukpflanzungen rekrutieren.

Darüber bringt die „Frankfurter Zeitung" folgende Angaben:

	Durchschnitt 1920/23	1924	1925	1926	1927
Gewinne von 10 Pflanzergesellschaften in % des A.K. . .	100	160	416	735	479

Als infolge von Überproduktion innerhalb kurzer Zeit der Preis von 10 Schilling pro Pfund auf wenige Pence stürzte, griffen die Gummiproduzenten zu einer Anbaubeschränkung auf 60%, wodurch vor allem der Hauptgummikonsument der Welt, die Vereinigten Staaten, aufs schwerste geschädigt wurden.

Aber was dem amerikanischen Handelsminister Hoover und dem hinter ihm stehenden Kapital der Wallstreet nicht gelungen war, die Absicht des Stephenson-Plans, den Kautschukpreis durch Anbaubeschränkung hoch zu halten, zu vereiteln, das gelang den eingeborenen unabhängigen Kautschukpflanzern. Die malayischen Bauern begannen, selbst Kautschuk zu pflanzen,

und je höher der Preis des Pflanzungskautschuks gehalten wurde, desto lieber war es ihnen, die im Preis immer ein wenig unter dem des Pflanzungskautschuks blieben, und die Gewinne, da sie stehendes Kapital nicht zu verzinsen hatten, in ihre Tasche stecken konnten. Je stärker die Weißen die Pflanzung einschränkten, desto munterer pflanzten die Eingeborenen mit dem Erfolg, daß schließlich in Niederländisch-Indien den 132 000 t Pflanzungskautschuk 93 000 t „Eingeborenenkautschuk" gegenüberstanden, die die Preise drückten, während 1926 die Weltproduktion an Wildkautschuk 24 000 t betragen hatte. Wenn heute der Stephenson-Plan aufgehoben ist, so ist es das Werk der Eingeborenen, gegen die alle kapitalistische Klugheit nichts auszurichten vermochte. Damit war der Beweis erbracht, daß die Eingeborenen durchaus nicht etwa hilflos sind. Ihnen fehlt nur die notwendige Organisation, die sie stark macht gegenüber den weißen Ausbeutern.

Mit ihrer Hilfe allein könnte es ihnen auch gelingen, die Zwangsarbeit, die noch fast überall in dieser oder jener Form besteht, abzuschaffen. In letzter Zeit scheint sie sogar an manchen Stellen neu eingeführt worden zu sein. So ermächtigt z. B. ein Dekret vom 3. Juni 1926 den Generalgouverneur von Madagaskar, „angesichts des Arbeitermangels diejenigen, die sich bisher, versteckt in Wäldern, der Arbeit entzogen hätten, zur Arbeit an öffentlichen Bauten, Wegen usw. heranzuziehen".

Noch krasser liegt ein Fall, der vor kurzem aus Britisch-Ostafrika gemeldet wurde. Dort ist den Massai von den Engländern jede kriegerische Betätigung verboten und alle Waffen sind ihnen entzogen worden, um sie zu der elend bezahlten Farmarbeit zu zwingen, gegen die sie sich bisher mit Erfolg gesträubt hatten, solange ihnen die Jagd noch Lebensmöglichkeiten bot. Aber obwohl die Regierung mit Gewaltmitteln und wirtschaftlichem und gesetzlichem Druck gegen die Eingeborenen vorging, um sie zur Arbeit in den Plantagen, Eisenbahnen und industriellen Unternehmungen zu zwingen, zogen sie es vor, zu hungern, statt zu Lohnsklaven zu werden. Auch die Ernennung einer Kommission „für ein wirksameres Zusammenarbeiten zwischen Weißen und Schwarzen" gelangte nicht zum Ziel; die „Kikuyu Central Association", die Vertretung der Stämme des Kenialandes, hat die Abschaffung der Zwangsarbeit und Garantien für die wenigen ihnen noch verbliebenen Bodenstücke verlangt.

Ein ernsthafter Wille zur Abschaffung der Zwangsarbeit ist bei den Regierungen nirgends zu finden. Im Gegenteil besteht die Gefahr, daß sie durch scheinbar den Eingeborenen freundliche Dekrete legalisiert wird. Vor allem scheint das in der Absicht des Völkerbundes zu liegen, dem 1925 ein entsprechendes Dekret

vorlag, das zwar noch nicht ratifiziert, aber bereits von den meisten Staaten, so auch von Deutschland, anerkannt worden ist. Im § 6 dieses Dekrets heißt es, daß die Zwangsarbeit überall dort abzuschaffen sei, wo sie zur Sklaverei oder zu sklavereiähnlichen Verhältnissen führt. Was darunter zu verstehen ist, wird nicht gesagt und bleibt dem Ermessen der verschiedenen Gouverneure überlassen. Weiter heißt es, daß sie nur für „allgemeine Zwecke" zulässig sein solle, und da uneingeschränkt. Wo sie auch zu anderen Zwecken noch bestehe, solle man „bestrebt" sein, sie sukzessive abzubauen. Sie dürfe nur gegen Entlohnung und nicht so durchgeführt werden, daß der Arbeiter von seinem Wohnort verschleppt würde. Ein solches Dekret läßt genügend Schlüsse auf Verhältnisse zu, in denen diese Bestimmungen noch eine „Verbesserung" darstellen. Im übrigen aber zeigt es die Gefahren der sogenannten Demokratisierung, die hier nichts anderes bedeutet als eine gesetzliche Sanktionierung der Zustände, die dringend abschaffungsbedürftig sind.

Ebensowenig wie die Zwangsarbeit praktisch abgeschafft ist, ist das der Fall bei der Sklaverei, obwohl die Engländer längst behaupten, daß sie in ihrem Imperium nicht mehr besteht und eine große Anzahl von Dekreten dies verkünden.

Anfang dieses Jahres wurde, mit dem entsprechenden Lärm in der englischen bürgerlichen Presse, ein Gesetz verkündet, nach dem die Sklaven in Sierra Leone befreit werden sollten. „Durch dieses Gesetz werden 117 000 Sklaven in dem britischen Protektorat befreit, ohne daß ihre Besitzer hierfür entschädigt werden", heißt es in der Pressemeldung. „Sofort nach der Erklärung des britischen Protektorats ist die britische Verwaltung gegen die dort allgemein verbreitete Sklaverei eingeschritten, hat aber, wahrscheinlich um die eingeborenen Häuptlinge nicht zu sehr zu reizen, die Aufrechterhaltung der Sklaverei in ihren Haushaltungen geduldet." Was es aber eigentlich mit dieser Sklavenbefreiung auf sich hat, geht aus den Pressemeldungen nicht hervor: In Sierra Leone sind 38% des Bodens mit Ölpalmenplantagen bestellt, die fast ausschließlich den Lever Brothers gehören, den Inhabern der bekannten englischen „Sunlight"-Seifenfabrik. Dieses Riesenunternehmen, das bisher einen wesentlichen Teil seines Betriebes auf Sklavenhaltung gegründet hat, gibt sich in England selbst den Anschein einer „sozialen" Unternehmung; es hat vor kurzem das System der Gewinnbeteiligung für ihre Arbeiter eingeführt. Was aus den kolonialen Arbeitern durch Sklaverei herausgepreßt wird, wird zu einem minimalen Bruchteil den Arbeitern des Kernlandes wiedergegeben, und die müssen noch „danke schön" dafür sagen. Aber auch in jenen Palmölplantagen, in denen die Sklaverei dem Namen nach nicht mehr besteht, ist das Leben der Arbeiter

praktisch von dem eines Sklaven nicht unterschieden. Diese Gesellschaft, der auch fast alle Pflanzungen in Belgisch-Kongo gehören, wo eine Stadt nach ihr „Leverhulm", der Hauptausfuhrhafen für Palmöl „Sunlight" heißt, zahlt nach den amtlichen Veröffentlichungen in Belgisch-Kongo ihren Arbeitern einen Durchschnittswochenlohn von 2 belgischen Francs und „Verköstigung". Diese besteht aus ½ kg Reis, 100 g geräuchertem Fisch und 10 g Salz. In dem Inneren des Landes, in Ifik, erhalten die Plantagenarbeiter nur 2 Francs ohne jede Verköstigung. Die Zahl der Arbeiter der „Huileries de Congo belge", die unter diesen Bedingungen leben, beträgt 20 000—30 000. Bisher hat keine belgische Regierung und kein belgischer Außenminister hier Wandel geschaffen!

Trotz allem aber läßt sich die Unabhängigkeitsbewegung der Eingeborenen nicht mehr aufhalten, und alle Versuche, gegen sie vorzugehen, müssen scheitern. Das Stadium, in dem menschenfreundliche Europäer mit den armen unglücklichen Farbigen Mitleid haben mußten und ihnen helfen wollten, ist vorbei. Die Eingeborenen haben längst bewiesen, daß das Recht auf ihrer Seite ist, und daß sie den ernsten Willen und die Kraft haben, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Es handelt sich für Europa heute nicht mehr um Mitleid, sondern um ein Parteiergreifen nicht allein für die Sache eines moralischen Rechts, sondern für das historische Recht und den geschichtlichen Fortschritt. Es sollte uns zu denken geben, wenn ein so nüchterner und gründlicher Sachkenner wie Haushofer („Zeitschrift für Geopolitik" IV, 22), sagt:

„Eine so verlogene, nur im Augenblick verschleierte Gewaltpolitik wie sie Innereuropa gegenüber noch angewendet wird, würde sich im indopazifischen Raum zur Zeit nicht einmal in den nach der alten Kolonialmethode noch verwalteten Gebieten durchführen lassen, so in Indochina, Insulinde oder einzelnen Kronkolonien, ohne daß man Aufstände oder Streik- und Boykottbewegungen in Kauf nehmen müßte, die bei der Arbeitslosigkeit der Industriestaaten gefährliche Rückschläge in der Heimat üben würden." Die Bürgerlichen rechnen mit der Bewegung der Eingeborenen und der Aktion des europäischen Proletariats als mit einer historisch notwendigen Tatsache. Sollen wir ihre Rechnung täuschen?

Braucht Deutschland Kolonien?

Daß in dem heutigen Stadium der weltkapitalistischen Entwicklung die Kolonialpolitik nichts sein kann als eine Profit-

quelle der großen kapitalistischen Organisationen, ist den beteiligten Kreisen überaus klar. Leider der Arbeiterschaft nicht in demselben Maße. Mit erfreulicher Deutlichkeit hat der deutsche Reichsbankpräsident Schacht schon im Jahre 1926 in einem Vortrag in der Deutschen Kolonialgesellschaft die wahren Zusammenhänge und die Möglichkeiten einer kolonialen Betätigung für Deutschland enthüllt. Schacht will nämlich zu dem System der sogenannten „Chartered Companies" zurückkommen, das heißt zu den privilegierten privaten Unternehmungsgesellschaften. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß sich genügend Privatkapital zur Gründung einer solchen Gesellschaft finden würde, wenn ihr ein entsprechender Nutzen an einem solchen Unternehmen garantiert würde. Diese Tatsache ist interessant genug. Sonst hören wir immer nur von der Kapitalknappheit in Deutschland, aber wenn es sich um imperialistische Experimente handelt, ist plötzlich Kapital vorhanden. Damit ist bereits deutlich der Weg gekennzeichnet, den eine etwaige neue deutsche Kolonialpolitik gehen würde. Bestätigt wurde dieser Plan schließlich im vorigen Jahre, als niemand anders als das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, als Vertreter der deutschen Regierung in der Mandatkommission des Völkerbundes ausersehen wurde. Die Arbeiterschaft darf mit diesen Plänen nichts gemein haben!

Sie wird sich zu wehren haben gegen eine Kolonialpropaganda, die gerade in der letzten Zeit erhöhten Umfang angenommen hat. Kolonialgesellschaften schießen wie Pilze aus der Erde, halten Tagungen und Kongresse ab, fassen Resolutionen und veranstalten Ausstellungen. Keine Gelegenheit, die zur Kolonialpropaganda brauchbar erscheint, wird ausgelassen: selbst der „Pressa" mußte nötig eine „koloniale Sonderschau" beigegeben werden. Dabei wird natürlich immer wieder betont, daß die Rückeroberung der deutschen Kolonien beileibe nicht im Interesse des Kapitals, sondern in dem des ganzen „Volks", also auch der Arbeiterschaft läge. Wir wollen ganz kurz nur feststellen, daß alles, was allgemein zur Kolonialfrage gesagt wurde, in besonderem Maße auch auf Deutschland zutrifft. Zunächst das Argument: Kolonien als Rohstoff- und Absatzgebiete. Die deutsche Außenhandelsbilanz aus dem Jahre 1913 weist folgendes auf: von einer Gesamteinfuhr von 11,6 Milliarden betrug die Einfuhr aus den Kolonien 57 Millionen, der Anteil der Ausfuhr nach den Kolonien betrug 53,2 Millionen bei einer Gesamtausfuhr von 10,8 Milliarden. Damit machte der Handel mit den Kolonien etwa ½% des gesamten deutschen Außenhandels aus. Von den Rohstoffen, auf deren Einfuhr Deutschland in erster Linie angewiesen war und ist, Eisenerz, Kupfer,

Baumwolle, Wolle, Rohseide, Gummi, Erdöl, Ölfrüchte usw., sind in den deutschen Kolonien so geringe Mengen erzeugt worden, daß sie für den Handel kaum in Betracht kamen. Das würde sich auch jetzt nicht ändern, da Deutschland im besten Falle die ungünstigsten Teile des tropischen Afrika zurückbekommen würde. Mit der Aufnahmefähigkeit deutscher Waren in den Kolonien stand es ähnlich. Der dreißigjährigen deutschen Kolonialtätigkeit ist es nicht gelungen, einen aufnahmefähigen Markt für deutsche Erzeugnisse in den Kolonien zu schaffen. Die deutsche Ausfuhr nach den kleinen europäischen Staaten, Dänemark, Schweden, Holland, der Schweiz, betrug in der Vorkriegszeit je das Fünf- bis Zehnfache der Ausfuhr nach sämtlichen deutschen Kolonien. Günstige Handelsverträge mit den europäischen Staaten bedeuten also eine erheblich größere Belebung des deutschen Außenhandels als der Wiedererwerb von Kolonien. Die Arbeiterschaft soll für den Kolonialplan dadurch gewonnen werden, daß man ihr die Einfuhr billigerer Lebensmittel verspricht. Schon vor dem Kriege dachten die kolonialen Handelsleute in Deutschland nicht daran, ihre Waren in Deutschland zu einem billigeren Preise abzusetzen als irgendwo anders. Im Ernst wird niemand glauben, daß sich das ändern wird, solange die Großagrarier und Großindustriellen das Heft in Händen halten. Wie sehr die Kreise, die heute Kolonialpropaganda im „Interesse des Volkes" machen, danach trachten, den Massen zu niederen Preisen zu verhelfen, haben sie durch ihr Verhalten in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bewiesen.

Die wahren Interessenten an einem Wiedererwerb deutscher Kolonien sind einige Gesellschaften und die hinter ihnen stehenden Banken. Sehr interessantes Material darüber liefert das Koloniale Hand- und Adreßbuch, in dessen Band von 1927 nicht weniger als 76 „koloniale Erwerbsgesellschaften" aufgeführt sind. Die von ihnen veröffentlichten Berichte ergeben, daß es diesen Gesellschaften trotz „Enteignung" durch die Ententestaaten immer noch ganz gut geht. Einige Beispiele: Die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft (Sitz Berlin), hinter der die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und Bleichröder stehen, teilt mit, daß im Berichtsjahr nach Abschreibungen von 142 355/14/3 Pfund Sterling und Dotierung des Reservefonds mit 8764,10 ein Reingewinn von 98 976,16 Pfund blieb, von dem eine Dividende von 11,11% ausgeschüttet werden konnte. Die „Consolidated Diamond Mines of South-West-Africa, Ltd.", die die Anlagen aller vor dem Kriege in Deutsch-Südwestafrika tätig gewesenen Diamantabbaugesellschaften deutschen Rechts, auch die Bahn Lüderitz—Bogenfels und die Elektrizitätswerke Lüderitzbucht übernommen hat, gibt den Wert der übernomme-

nen Diamantvorkommen mit 15 Millionen Karat an und hat 12½% Dividende verteilt.

Recht freigebig scheint auch die deutsche Regierung den Kolonialgesellschaften gegenüber gewesen zu sein. Der Zentralafrikanischen Seengesellschaft, deren jetziges Kapital mit 50 000 RM. angegeben wird, ist vom Deutschen Reiche 2 700 000 RM. Schadensersatz zuerkannt worden. In frischer Erinnerung lebt noch der erst vor kurzem aufgedeckte Fall der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Victoria der Fürsten Hohenlohe und Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, deren 4 bis 5 Aktionäre zusammen im Jahre 1924 25—30 Millionen Goldmark Liquidationsentschädigung erhalten haben, das ist eine Entschädigung von über 100% des Wertes. Entsprechend wurden die anderen Kameruner Gesellschaften im englischen Mandatsgebiet entschädigt. Ein anderer Grund als ein Rückerwerb der enteigneten Pflanzungen kann die Herren Schlieben und Luther nicht zur Zahlung dieser Unsummen bewogen haben. Nach dem Bericht der Hamburger Bankfirma Szick & Co. verteilt die Gesellschaft bereits wieder Dividende, die sie bezeichnenderweise in dem erwähnten Handbuch nicht angibt. Ein volkswirtschaftliches Interesse an diesen Zahlungen kann beim besten Willen nicht vorgetäuscht werden, denn der Gesamthandel Deutschlands mit Kamerun beträgt 7½ Millionen, das ist die Hälfte der Summe, die der Hauptaktionär, Fürst Löwenstein, allein erhalten hat.

Als handelspolitische Kontrahenten kommen und kamen die deutschen Kolonien niemals in Betracht, außer für eine kleine Schicht von Interessenten vom Schlage Löwensteins.

Nicht anders verhält es sich mit der Stichhaltigkeit des anderen Arguments unserer Kolonialschwärmer, der Ansiedelungsmöglichkeit. Das „Statistische Jahrbuch" gibt über die deutsche Bevölkerung in den Kolonien 1913 folgende Auskunft:

	Gesamtbevölkerung	Einheimische	Weiße	Deutsche
Ostafrika	7 666 000	7 646 000	5 336	4 107
Kamerun	2 653 000	2 649 000	1 871	1 643
Togo	1 033 000	1 032 000	368	320
Südwestafrika . . .	105 000	90 000	14 830	12 292
Neuguinea, Marschallinseln . .	604 000	600 000	1 427	1 005
Karolinen, Samoa .	39 000	35 000	544	329
Kiautschou	195 000	187 000	4 477	4 256

Insgesamt bevölkerten 1913 die deutschen Kolonien 23 952 Deutsche, eine Zahl, die bevölkerungspolitisch überhaupt keine Rolle spielt und von der überdies noch die Zahl 5000 der Schutztruppen abzuziehen ist. Wie wenig diese Zahl bedeutet, ergibt sich weiter daraus, daß von den 32 Millionen Auslanddeutschen vor dem Kriege rund 14 Millionen auf die überseeischen Länder entfielen. Auswanderungsziel waren trotz der umfangreichen und kostspieligen Kolonialpropaganda nicht die afrikanischen Sandwüsten, sondern die amerikanischen Industriegebiete. Im Ernst kann heute niemand behaupten, daß die Verhältnisse sich etwa ändern würden, wenn wir die ehemaligen deutschen Kolonien zurückerhielten. Erforderten sie bereits vor dem Kriege Zuschüsse aus Reichsmitteln von insgesamt etwa einer halben Milliarde, so besteht kein Grund, anzunehmen, daß sich das geändert haben sollte. Nicht einmal zur Kapitalinvestition konnten die deutschen Kolonien vor dem Kriege in irgendwie wesentlichem Maße herangezogen werden. Das gesamte in den Kolonien angelegte Kapital betrug 1913 370 Millionen bei einem Gesamtauslandskapital von etwa 40 Milliarden.

Und die Rolle des „Kulturbringers" schließlich — mit der Nilpferdpeitsche — ist eine Mission, die wir den Kolonialoffizieren vom Schlage Lettow-Vorbecks nicht ein zweites Mal übertragen möchten.

Mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit muß sich die deutsche Sozialdemokratie gegen koloniale Unternehmungen aller Art — sei es nun in der offenen Form der Kolonie oder der verschleierten des Kolonialmandats — zur Wehr setzen. Das ist bisher leider nicht mit der notwendigen Klarheit geschehen. Es ist eine durchaus zweideutige und unklare Formulierung, wenn der außenpolitische Redner der Sozialdemokratie, Genosse Breitscheid, in der Reichstagsdebatte vom 24. Juni 1927 sich zwar gegen eine „aktive Kolonialpolitik" aussprach, aber das „Recht der Betätigung des Deutschtums in der ganzen Welt forderte". Was darunter zu verstehen ist, ist um so unklarer, als in derselben Rede ausdrücklich betont wurde, daß die Minderheitenfrage für Deutschland kaum eine Rolle spiele, und die nationalen Minderheiten sich heute „nicht beklagen könnten".

Um was also geht es? Restlose Klarheit ist in dieser Frage, in der wir uns in absoluter Gegnerschaft zu sämtlichen bürgerlichen Parteien befinden, eine besonders dringende Notwendigkeit!

Schließlich bleibt von allen Argumenten der Kolonialpolitiker in Deutschland nur noch das letzte: das „Prestige" Deutschlands. Für sozialistische Politik dürften solche Gefühlsmomente einen politisch ernsthaft zu wertenden Faktor überhaupt nicht darstellen. Aber wenn wir uns schon damit ausein-

andersetzen wollen, so können wir genau das Gegenteil konstatieren. Wenn Deutschlands Ansehen im Ausland und gerade bei der Eingeborenenbevölkerung der außereuropäischen Erdteile nach dem Kriege gestiegen ist, so ist das sicherste Mittel, dies wieder zunichte zu machen, neue Macht- und Gewaltpolitik. Wiedererwerb von Kolonien oder Übernahme eines Kolonialmandats durch Deutschland würde uns notwendig in Konflikte führen mit den anderen Kolonialmächten einerseits, mit der aufständischen kolonialen Bevölkerung andererseits. Durch Rüstungen, Flottenstationen, eine „Schutztruppe", die wir brauchen würden, um uns vor etwaigen Aufständen der Eingeborenen zu schützen, würde unser Etat weiter belastet werden. Außerdem würde ein Mandat heute, genau wie unsere Kolonien vor dem Kriege, Zuschüsse erfordern. Nach dem Bericht der Mandatskommission des Völkerbundes erfordert selbst das japanische Südseemandat jährlich rund 3 Millionen Jen Zuschüsse. Sozialistische Politik aber kann es niemals sein, zu den bisher schon bestehenden ungeheueren Rüstungsausgaben, die der deutsche Steuerzahler aufbringen muß, neue zu häufen. Aufgabe der sozialistischen Politik muß es vielmehr sein, den kolonialen Bestrebungen energisch entgegenzutreten. Der kolonialen Propaganda sind auch schon ernsthafte wissenschaftliche Organe und wichtige Wirtschaftsinstitutionen zum Opfer gefallen. So spricht z. B. der Hamburger Handelskammerbericht vom Jahre 1925 von der „nationalen Ehre", die von uns die Übernahme eines Kolonialmandats verlange, und in der „Zeitschrift für Geopolitik" (IV, 1) schreibt Hermann Becker: „Schon die Übertragung eines mageren Kolonialmandats aus der Hand des Völkerbundes an Deutschland könnte von höchstem wirtschaftlichen Nutzen für uns werden, da sie die Kolonialschuldlüge ad absurdum führen würde." Hier wird also der Prestigestandpunkt auf ganz unerklärliche Weise mit der Frage der Wirtschaftlichkeit verquickt.

Wenn Deutschland wirklich sein „Prestige" wahren will, so begibt es sich nicht in neue imperialistische Abenteuer, so beginnt es vor allem nicht von neuem eine Politik, die auf Grund der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung bereits ad absurdum geführt ist, so stellt es sich nicht gegen die erwachenden, um ihre Freiheit ringenden Völker des Ostens, sondern fördert ihren Kampf im Bunde mit wirtschaftlichem Fortschritt und wirtschaftlicher Vernunft.

Die Aufgaben der Internationale

„Gerade in jenen Ländern, in denen sich die Politik des Bürgertums am vollständigsten durchgesetzt hat, die politisch demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse in ihren sozial bedeutsamsten Forderungen verwirklicht sind, muß der Sozialismus als einzige Antwort auf den Imperialismus in den Vordergrund der Propaganda gerückt werden, um die Unabhängigkeit der Arbeiterpolitik zu sichern, und ihre Überlegenheit zur Wahrung der proletarischen Interessen zu erweisen".
(Hilferding. Finanzkapital S. 472.)

Die Frage nach der Stellungnahme der Sozialistischen Arbeiterinternationale zum Kolonialproblem ist identisch mit der Frage der Stellung des Sozialismus zum Imperialismus. Denn es kann heute niemand mehr ernsthaft in Zweifel ziehen, daß die moderne Kolonialpolitik — und um sie allein handelt es sich — nichts anderes ist als die praktische Betätigungsform des Imperialismus in ihrer höchsten Steigerung. Es ist in diesem Rahmen natürlich ganz unmöglich, die Theorie des Imperialismus, die ja auch innerhalb der sozialistischen Wissenschaft durchaus keine einhellige ist, zu entwickeln. Für unseren Zweck genügt es, den oben angeführten Fundamentalsatz des jungen Hilferding zum Leitsatz der sozialistischen Politik zu machen. Aus der Einsicht, daß der kapitalistische Expansionstrieb Lebensbedingung der kapitalistischen Gesellschaft ist, folgt für das Proletariat die Notwendigkeit des beständigen Kampfes gegen diese Politik.

Die Entwicklung des letzten Jahrzehntes hat uns auch auf diesem Gebiete bewiesen, daß die praktische Durchführung dieser grundsätzlichen Forderung, wie die konsequente sozialistische Politik überhaupt, identisch ist mit dem aktiven Einsetzen der Kräfte der Arbeitermassen gegen jene kapitalistischen Tendenzen, die sich selbst das Grab graben. In unserem Kampfe gegen die Kolonialpolitik finden wir heute zwei mächtige Bundesgenossen vor: die wirtschaftliche Entwicklung drängt zu der Umwandlung der bisherigen Kolonien in wirtschaftlich unabhängige Staaten; und zum zweiten hat diese Entwicklung schon ihren starken ideologischen Niederschlag gefunden in dem Erwachen der Kolonialvölker, die unsere stärksten Bundesgenossen sind, aber auch auf unsere Bundesgenossenschaft warten.

„Je stärker die Durchkapitalisierung der Kolonien, desto geringer der Surplusprofit", stellt Sternberg richtig fest. Noch sind aber die Surplusprofite, die aus den Kolonien gezogen werden, erheblich höher als die aus der inländischen Betätigung des Kapitals folgenden. Darum halten die Kapitalisten mit zäher Energie an ihrer Kolonialpolitik fest; es besteht daher nicht die geringste Aussicht, daß die herrschende Klasse irgendeines Landes sich auf die Seite der Arbeiterschaft stellen wird. Auch die Tatsache, daß die gegenwärtige ökonomische Krise sich

nirgends deutlicher fühlbar macht als in der stärksten Kolonialmacht der Welt, in England, berechtigt uns nicht zu der Hoffnung, daß die Einsicht, daß die koloniale Epoche sich ihrem Ende nähert, die Kapitalistenklasse dazu bewegen wird, dieses Ende zu beschleunigen. Wir erwarten das deshalb nicht, weil dieses Ende zugleich das Ende der stärksten Stütze des Kapitalismus bedeuten würde.

Um so notwendiger aber ist es für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, daß sie diese Zusammenhänge erkennt. Notwendig vor allem, daß sie sich von der Illusion frei macht, daß Kolonialpolitik heute irgendwo einen Vorteil für die Arbeiterschaft bedeuten könne. Die Ausbeutung vieler Millionen eingeborener Proletarier rächt sich in unmittelbarer Wirkung an den proletarischen Klassengenossen der Kernländer. Damit ist die Kolonialfrage nichts anderes als ein Teil der sozialistischen Politik überhaupt, d. h. sie ist nur lösbar durch Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien der ganzen Welt. Die Lösung dieser Frage liegt für den Augenblick ganz gleichmäßig im Interesse der europäischen wie der außereuropäischen Arbeiterschaft. Wir können heute nicht darüber abrechnen, welcher Teil den größeren Nutzen an der Lösung dieser Frage hat, wir haben auch innerhalb Europas kein Recht, uns etwa als die „Befreier" der Kolonialvölker hinzustellen. Wir haben nur zu fragen, auf welcher Seite die größere Verpflichtung liegt, diese Frage ernsthaft in Angriff zu nehmen, und die liegt zweifellos bei der europäischen Arbeiterschaft auf Grund ihrer jahrzehntealten Tradition und Schulung. Über den Augenblick hinaus aber ist die Beendigung der kolonialen Ausbeutungspolitik untrennbar verbunden mit der Erreichung des Endziels des Sozialismus.

Nicht zum erstenmal nimmt die Sozialistische Arbeiterinternationale Stellung zum Kolonialproblem. Zuletzt hat sie auf ihrem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 über dieses wichtige Problem eifrig diskutiert. Seitdem haben sich die Ereignisse vielfach gewandelt, aber wir können heute feststellen, daß es in der Richtung der von unseren Genossen dort aufgezeigten Tendenzen geschah. Der Stuttgarter Beschluß ist in seiner grundsätzlichen Einstellung heute noch unverändert richtig, ist aber leider so sehr in Vergessenheit geraten, daß an dieser Stelle noch einmal an ihn erinnert werden soll. Nach heftiger Debatte wurde die von der Minderheit der Kommission (Ledebour, Wurm, de la Porte, Bracke, Karski) vorgeschlagene Resolution in folgendem Wortlaut angenommen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung

der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Bevölkerung beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Produktivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische, verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schamlos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückung ohne Unterschied der Rasse verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwicklungen zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet, sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen, und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schamlosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Ver-

letzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten."

Die Verhältnisse haben sich in den seit Stuttgart verflossenen zwei Jahrzehnten derartig geändert, daß wir mit diesem grundsätzlichen Bekenntnis nicht mehr auskommen werden. Und die Streitfragen, die in Stuttgart noch eine Rolle spielten, werden in den Brüsseler Debatten kaum noch auftauchen. Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, daß das Ziel: Abschaffung der Kolonien, in dem Sinne des diesjährigen Maiaufrufs der Internationale: „Für das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker!" durchaus vereinbar ist mit den Forderungen auf weitestgehende Reformen, solange die Kolonien noch bestehen. In dieser Frage können wir es genau so wenig ablehnen, die gegenwärtige Lage der unterdrückten Völker nach Möglichkeit zu heben, wie in irgendeiner anderen Frage der sozialistischen Politik. Das bedeutet keineswegs Anerkennung der Kolonien als zu Recht bestehend, genau so wenig wie wir den kapitalistischen Staat damit als zu Recht bestehend anerkennen, daß wir für weitgehendste Reformen innerhalb dieser Gesellschaft kämpfen. Grundsätzlich werden wir uns auch den Standpunkt von Stuttgart zu eigen machen, daß jede Kolonialpolitik, die heute möglich ist, eine kapitalistische und daher jede Kolonialpolitik abzulehnen ist. Das Ziel einer „sozialistischen Kolonialpolitik", das manche Vertreter in Stuttgart aufstellen wollten, ist heute ein Nonsens. Ganz mit Recht sagt Kautsky: „Eine Kolonialpolitik, die Hand in Hand geht mit der Erziehung und Bildung der Eingeborenen, wäre möglich gewesen in demokratischen Arbeitskolonien, wie sie das 17. und 18. Jahrhundert sah. Seit dem 19. Jahrhundert gehört diese Art der Kolonialpolitik unwiderruflich der Vergangenheit an." Und ebenso war die Forderung einer „sozialistischen Kolonialpolitik" noch möglich im Jahre 1907. Nach den Erfahrungen des Weltkriegs und der rapiden kapitalistischen Entwicklung der letzten 20 Jahre gehört auch sie unwiderruflich der Vergangenheit an.

Sie wird vielmehr das Ziel der Unabhängigkeit und endgültigen Befreiung aller Kolonialvölker in den Mittelpunkt ihrer Forderungen zu stellen haben.

Sie kann aber nicht nur Politik auf weite Sicht machen, sondern muß Gegenwartsaufgaben stellen, die nur durch die brüderliche Zusammenarbeit sämtlicher sozialistischer Parteien erfüllbar sind. Die Zeit, revolutionäre Forderungen zu stellen und an den guten Willen zu appellieren, sind endgültig vorbei. Es gilt, ein bestimmtes, festumrissenes Gegenwartsprogramm aufzustellen und danach zu handeln. Je größer der Einfluß der

Arbeiterparteien in den einzelnen Staaten, desto größer ihre Verpflichtung hierzu.

Das Proletariat der kolonialen Gebiete ruft uns zur Tat. Und ihr Ruf wird nicht ungehört verhallen. Wir brauchen keine Demonstrationen, keine besonderen Organisationen zur Abwehr der kolonialen Unterdrückung. Die Internationale selbst, und sie allein, ist eine solche Organisation.

Das werden wir dem kolonialen Proletariat in Brüssel beweisen, und es wird erkennen, daß nur der Anschluß an die Internationale ihren Sieg verbürgt. Die Zersplitterung der Arbeiterparteien und -gruppen jenseits der Ozeane ist ungeheuer groß. Daß an ihr das Befreiungswerk scheitert, daß auf ihr die imperialistischen Mächte ihre Herrschaft stabilisieren — das zu verhindern ist die wesentlichste Aufgabe der Internationale. Ohne an europäischem Hochmut zu leiden, weiß sie, daß nur durch zentrale Zusammenfassung aller freiheitlich und revolutionär gesinnten Kräfte in ihrer starken Organisation diese Gefahr gebannt werden kann. Diese Zusammenfassung aber kann sie nur erreichen, wenn ihre einzelnen Parteien ohne jedes Sonderinteresse und ohne nationale Hemmungen an ihre große Aufgabe herangehen und der Internationale — und nur ihr — für ihre Handlungen verantwortlich sind. Das ist die Forderung von Brüssel!

Die wichtigste Aufgabe der Internationale ist der Zusammenschluß der erwachenden Nationen. Doch das darf nicht bloßes Schlagwort bleiben. In jeder einzelnen Kolonie sind die Voraussetzungen dieser Völker verschieden. Kaum irgendwo aber stehen uns heute schon Gruppen mit einem klaren Klassenbewußtsein gegenüber. Das gilt es zu wecken. Die erwachenden Völker des Ostens stehen heute erst im Zeichen ihrer nationalen Revolution. Und doch unter unendlich anderen Voraussetzungen als das europäische Proletariat in der gleichen Entwicklungsphase. Ihnen den langen leidensvollen Weg von der nationalen zur proletarischen Revolution abkürzen zu helfen — das ist die Aufgabe der europäischen Arbeiterklasse. Dazu freilich ist erste Voraussetzung, daß die nationalen Illusionen in den Ländern des jungen Kapitalismus zerstört werden. Und das ist eine unendlich schwere Aufgabe. Sie ist nur dadurch zu erfüllen, daß die politische und gewerkschaftliche Bewegung diese Opfer des Frühkapitalismus gegen die Ausbeutung der europäischen und der außereuropäischen herrschenden Klasse schützt. Die Forderung und die Durchsetzung der Forderung, die Lansbury auf der ersten Arbeiterkonferenz des gesamten britischen Weltreichs im Jahre 1925 erhoben hat: völlig gleiche Entlohnung der kolonialen

wie der europäischen Arbeiterschaft, gleiche Lebensbedingungen und gleiche soziale Voraussetzungen — das ist der Weg, der in dem kolonialen Proletariat das Vertrauen zu der Internationale wecken und es zum Klassenbewußtsein und zur Solidarität erziehen wird. Das allein auch kann es loslösen aus jedem Zusammengehen mit den Kapitalisten des eigenen Landes, auch bei zeitweiligen gleichen Interessen gegenüber der Kapitalistenklasse des Mutterlandes.

Weiter muß die sozialistische Internationale allen kolonialen Völkern ohne Unterschied ihrer „Entwicklungsstufe" das uneingeschränkte Recht auf nationale und staatliche Selbständigkeit zuerkennen, jede Bestrebung der Selbstverwaltung fördern.

Das sind durchaus keine utopischen Forderungen. Schon bevor die Arbeiterklasse in den einzelnen europäischen Staaten zur Macht gelangt ist, hat sie die Möglichkeit, sich im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für sie einzusetzen. Ebenso können und müssen schon heute die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder die Forderungen der Nationalisierung des angelegten Industriekapitals, des Schutzes der einheimischen Bodenschätze, der Agrarreform und der Beseitigung jedes rechtlichen Unterschiedes zwischen weißen und farbigen Arbeitern innerhalb der Kolonien vertreten.

Eine der wichtigsten Forderungen aber muß sein, daß die der Internationale angeschlossenen Parteien es grundsätzlich und unter allen Umständen ablehnen müssen, irgendwelche kolonialen Unternehmungen ihrer Regierungen — handle es sich um die Eroberung neuer Kolonien oder um die Unterwerfung aufständischer Kolonialvölker — zu unterstützen, sei es durch die Bewilligung der dazu notwendigen Mittel oder gar durch Militärdienst. Dieser Beschluß muß bindend und verpflichtend sein. Jede einzelne Partei ist sich der vollen Tragweite eines solchen Beschlusses bewußt. Jede einzelne Partei weiß, daß sie einen solchen Beschluß nicht durchbrechen kann, ohne den Lebensnerv der Internationale zu berühren, ohne sie in ihrem Bestande zu gefährden. Höchstes, letztes, einziges Ziel aber ist jeder proletarischen Partei Leben, Ausbau und Stärkung der Internationale. Ihr allein ist sie verantwortlich, sie allein darf das Gewissen sein, das ihre Handlungen kontrolliert. Und dieses Kontrollrecht, ja die Kontrollpflicht muß sie in erhöhtem Maße ausüben. Die Internationale ist mehr als die Zusammenfassung einzelner Parteien, sie ist ein Or-

ganismus, in dem eigenes Leben pulsiert. Darum geht es nicht an, daß sie schweigt, wenn eines ihrer Mitglieder gegen die Pflicht der internationalen Solidarität, gegen die höchste und heiligste Pflicht einer proletarischen Partei, verstößt. Wollen wir nicht papierene Resolutionen nach dem Muster der bürgerlichen Verträge fassen, so darf es nicht sein, daß eine Partei sich in die Kolonialabenteuer ihrer Regierung stürzt, wie die französische in die unselige Marokkoaffäre, und die Internationale dazu schweigt, weil es die Angelegenheit dieser Partei sei. Es gibt nicht Angelegenheiten einzelner Parteien, es gibt nur Verpflichtungen gegenüber jener mächtigen und umfassenden Gesamtheit von Parteien, der wir alle mit Stolz angehören.

Ohne diesen Willen, ohne dieses erneute Bekenntnis ist die Kolonialfrage schlechterdings nicht zu lösen.

Ja, tiefer noch muß die Internationale eingreifen in das Leben der Einzelparteien. Selbst Fragen von scheinbar nur innerpolitischer Bedeutung sind nicht zu behandeln, losgelöst von der internationalen Verbundenheit. Ginge etwa die deutsche Partei in eine Regierung mit einer bürgerlichen Partei, die vor kurzem erst in ihrem Wahlaufruf die Wiedererlangung der ehemaligen deutschen Kolonien für eines ihrer vornehmsten Ziele erklärte, von dem sie niemals abgehen werde, so wäre auch das eine Frage, die die Internationale angeht. Gewiß, diese Fragen werden sich niemals durch internationale Beschlüsse regeln lassen. Aber zur Rechenschaft ziehen kann und muß die Internationale alle Parteien, sobald es ihr notwendig erscheint. Hier darf keine falsche Rücksicht gelten, man dürfe sich nicht einmischen in die Angelegenheiten anderer Staaten. Es darf für die Internationale nicht Fragen geben, die an den Landesgrenzen aufhören; es gibt nur eine Frage: die der Zukunft des Sozialismus. Wenn die Internationale sich dieses Recht der Kontrolle nimmt, dann hat sie eine Macht, die stärker ist als alle Beschlüsse, eine moralische Macht, von deren Wirksamkeit sich jede einzelne Partei vor jeder wichtigen politischen Entscheidung leiten lassen wird.

Die Kolonialfrage bildet einen Prüfstein dafür, ob dieses Maß von unbedingter, von keinem anderen Gesichtspunkte als dem der Zukunft der Arbeiterklasse geleiteter, zur gegenseitigen Verantwortung bereiter Solidarität innerhalb der Internationale schon erreicht ist. Nur ihr allein kann es gelingen, die in den erwachten Völkern vereinzelt fließenden Ströme der Freiheitsbewegung zusammenzufassen zu jener letzten großen Kraft, die der Sozialismus in den um ihre Freiheit ringenden Menschen geschaffen hat.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkung 5

Kolonien als Einwanderungsgebiete 7

Die handels- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Kolonien 10

Das Eingeborenenproblem 24

Braucht Deutschland Kolonien? 34

Die Aufgaben der Internationale 40

Literaturangaben 48

Literaturangaben

Allgemeine Werke

Sternberg: Der Imperialismus.
Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals.
Hilferding: Das Finanzkapital.
Rubinstein: Die Konzentration des Kapitals.
Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.

Spezialwerke

Demangeon: Das britische Weltreich (1926).
Obst: England, Europa und die Welt (1927).
Haushofer: Geopolitik des pazifischen Ozeans (1924).
Max Beer: Das England der Gegenwart (1924).
Alfons Nobel: Herr über Asien (1928).
Ernst Reinhard: Die imperialistische Politik im fernen Osten (1926).
Olivier: Le Sénégal (1907).
Hyndman: Der Aufstieg des Morgenlandes (1921).
Veit Valentin: Kolonialgeschichte der Neuzeit (1915).
K. Hofmann: Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters (1919).
Carthill: Verlorene Herrschaft (1924).
Nachimson: Imperialismus und Handelskapital.
Th. B. Pleythe: Niederländische Kolonialpolitik im fernen Osten.
Holitscher: Das unruhige Asien.
Wittfogel: Das erwachende China.
Gustavus Myers: Geschichte der großen amerikanischen Vermögen.
Scott Nearing: Dollar-Diplomatie.
Karl Kautsky: Sozialismus und Kolonialpolitik (1907).
Parvus: Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch (1907).
Schrader-Furtwängler: Das werktätige Indien (1928).

Nachschlagewerke, Zeitschriften usw.

The China Year-Book / Statesman's Year-Book / Annuaire Général / Statistical Abstract for the Netherlands Indies / Round Table / Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung / Enquête sur la production / Berichte der Mandatskommission des Völkerbundes / Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich / Wirtschaft und Statistik / Der deutsche Volkswirt / Magazin der Wirtschaft / Weltwirtschaftliches Archiv / Der Wirtschaftsdienst / Zeitschrift für Geopolitik / The Economist / The Statist / Africa World / Foreign Affairs (London) / Foreign Affairs (New York) / Socialist Review (London) / The New Leader (London) / Die Gesellschaft (Berlin) / Der Kampf (Wien) / Gewerkschaftsarchiv (Jena) / Handelsteil der wichtigsten deutschen und ausländischen Tageszeitungen / Report of the first British Commonwealth labour Conference (1925) / Labour and the Empire Africa (Published by the Trade Union Congress).

Über die Probleme der modernen Weltwirtschaft

unterrichtet

Einführung in die Weltwirtschaft

von

Dr. Gregor Bienstock

Umfang 168 Seiten. Kartoniert 2,50 RM., Leinen 3,50 RM.

Heute hat die Weltwirtschaft keine lediglich theoretische Bedeutung mehr, sondern gehört zu den wichtigsten Unterlagen der Weltpolitik.

Aus dem Inhalt: Was versteht man unter Weltwirtschaft? / Das Werden der Weltwirtschaft / Zwischenstaatliche Menschenwanderungen / Internationale Kapitalwanderungen / Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung / Die Preisbildung auf den Weltmärkten / Internationale Wirtschaftspolitik / Die Organisation der Weltwirtschaft und die internationale Wirtschaftspolitik des Sozialismus / Literaturverzeichnis.

Die ersten Urteile der Presse:

Die Bücherwarte, Zeitschrift für sozialistische Buchkritik, 1928, Heft 2: »Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach einer ‚Einführung in die Weltwirtschaft' ein starkes Bedürfnis besteht ... Inhaltreich und nicht überlastet, ernsthaft durchdacht und zugleich einfach und lebendig geschrieben ... Der Kreis der Probleme der Weltwirtschaft ... wird in dem Buch vollständig erfaßt ... Der Verfasser gibt für jedes Problem ... eine systematische Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse ... Vom pädagogischen Standpunkt wird der Wert des Buches durch die Fülle gut gewählter, konkreter Beispiele wesentlich erhöht.«

Sozialdemokrat, Prag: »Das Büchlein kann zu den besten volkswirtschaftlichen Schriften der Nachkriegszeit gezählt werden ... Die Darstellung ist klar, flüssig, knapp, ohne jede Weitschweifigkeit und ohne den Kern des Problems jemals zu verlassen und wird von jedem Sozialisten mit viel Nutzen gelesen werden ...«

Frankfurter Zeitung: »... bedeutet eine Bereicherung der Literatur über die Weltwirtschaft, als die Kapital- und Bevölkerungsbewegung ... als die bedeutsamsten Erscheinungen angesehen und dementsprechend ausführlich besprochen werden ...«

Arbeiter-Jugend, Januar 1928: »Wir empfehlen es wärmstens jedem wissenshungrigen Arbeiter wegen der Fülle des Tatsachenmaterials und wegen der klaren Zusammenfassung und Gliederung des Stoffes.«

★

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30

Verlangen Sie kostenlos unsere Kataloge

Will man abrüsten?

Hierüber unterrichtet:

Abrüstung – zum neuen Krieg / Von Max Reinhard

3 Bogen Großoktav. Preis 0,85 RM.

Die Presse urteilt:

»... Mit romanhafter Spannung weiß Reinhard diese zeitgeschichtlichen Wirtschaftstatsachen ... zu verlebendigen ... einleuchtend ergibt sich sein Schluß, daß alle Demokratie keine Sicherung gegen den Krieg bedeutet, solange das Volk nicht die wirtschaftliche Herrschaft ... gebrochen und den Staat in seine Gewalt gebracht hat ...«
»Volksbote«, Zeitz

★

Zum Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

erschien

Arbeiter-Internationale und Abrüstung / Von Max Reinhard, Bern

2 Bogen Großoktav. Preis 0,60 RM.

Nach dem kläglichen Resultat der Berner Abrüstungskonferenz wird die Entscheidung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale über diese Frage mit Spannung erwartet. Die von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale dem Kongreß zur Abrüstungsfrage vorgelegte sowie die von der Exekutive der Sozialistischen Partei der Schweiz zu der gleichen Frage beschlossene Resolution sind der wertvollen Schrift angefügt. Jeder Sozialist, den diese Frage beschäftigt (und wen interessierte sie nicht), muß diese Schrift lesen.

Bei größeren Bezügen Sonderrabatt!

★

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt von

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30

Verlangen Sie kostenlos unsere Kataloge